

138

Wirtschaftsprognose  
Economic Forecast

Juli 2025

Prognose der österreichischen  
Wirtschaft 2025–2029  
Mäßiges Wachstumspotenzial  
in einem fragilen globalen Umfeld

Sperrfrist: Donnerstag, 17. Juli 2025, 10:00 Uhr



138

Wirtschaftsprognose  
Economic Forecast

Juli 2025

Prognose der österreichischen  
Wirtschaft 2025–2029  
Mäßiges Wachstumspotenzial  
in einem fragilen globalen Umfeld

Holger Bonin

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Felix Schröter

Adrian Wende

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR  
HÖHERE STUDIEN  
WIEN



INSTITUT FÜR  
HÖHERE STUDIEN  
WIEN

---

**Autor:innen**

Holger Bonin, Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Felix Schröter, Adrian Wende, Klaus Weyerstraß

**Titel**

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025–2029  
Mäßiges Wachstumspotenzial in einem fragilen globalen Umfeld  
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 138

**Kontakt****Holger Bonin**

Wissenschaftlicher Direktor

T +43 1 59991-125

E [holger.bonin@ihs.ac.at](mailto:holger.bonin@ihs.ac.at)

**Helmut Hofer**

Prognoseverantwortlicher

T +43 1 59991-251

E [hofer@ihs.ac.at](mailto:hofer@ihs.ac.at)

**Klaus Weyerstraß**

Internationale Konjunktur und Außenwirtschaft

T +43 1 59991-233

E [klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at)

**Melanie Gadringer**

Pressesprecherin

T +43 1 59991-212

E [gadringer@ihs.ac.at](mailto:gadringer@ihs.ac.at)

**Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)**

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

[www.ihs.ac.at](http://www.ihs.ac.at)

ZVR: 066207973

*Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.*

# Inhaltsverzeichnis

1	Zentrale Prognoseergebnisse.....	7
2	Das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft.....	15
3	Das außenwirtschaftliche Umfeld.....	19
3.1	Überblick.....	19
3.2	Länder und Regionen .....	22
4	Perspektiven der österreichischen Wirtschaft .....	35
4.1	Außenwirtschaft .....	35
4.2	Privater Konsum.....	36
4.3	Investitionen .....	39
4.4	Öffentliche Haushalte.....	42
4.5	Löhne und Inflation.....	43
4.6	Arbeitsmarkt .....	44
4.7	Monetäre Entwicklungen .....	46
5	Ökonomische Effekte der US-Zollpolitik .....	49
5.1	Hintergrund.....	49
5.2	Österreichs Warenaußenhandel mit den USA .....	50
5.3	Wirkungsmechanismen von Zöllen.....	51
5.4	Modellsimulationen .....	55
5.5	Fazit .....	61
5.6	Appendix.....	62
6	Tabellenanhang.....	63



## Mäßiges Wachstumspotenzial in einem fragilen globalen Umfeld

Nach einer hartnäckigen Rezessionsphase dürfte die österreichische Wirtschaft im laufenden Jahr auf einen verhaltenen Wachstumskurs einschwenken. Für den Prognosezeitraum 2025 bis 2029 erwartet das IHS eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 0,9 % pro Jahr. Die Binnennachfrage und die Exporte ziehen etwas an, die weiterhin bestehenden Strukturprobleme im Inland und das schwierige, unsichere internationale Umfeld dämpfen aber das Wachstumstempo. Die Inflationsrate dürfte im Prognosezeitraum durchschnittlich 2,3 % betragen. Ausgehend von 7,5 % im laufenden Jahr sinkt die Arbeitslosenquote auf 6,2 % im Jahr 2029. Laut den Schätzungen des IHS wird das Budgetdefizit bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 3,2 % des BIP zurückgehen. Um das Defizit deutlich und nachhaltig unter die Maastricht-Grenze von 3,0 % zu drücken, wären ambitioniertere Strukturreformen und eine auf die Erhöhung des Potenzialwachstums ausgerichtete Wirtschaftspolitik erforderlich.

### 1 Zentrale Prognoseergebnisse

Nach einer hartnäckigen Rezessionsphase dürfte die österreichische Wirtschaft im laufenden Jahr auf einen Wachstumskurs einschwenken. Die verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und das schwierige internationale Umfeld, etwa aufgrund der erratischen US-Zollpolitik, lassen aber nur einmäßiges Wachstumstempo erwarten. Das IHS prognostiziert für den Zeitraum 2025 bis 2029 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,9 %, nach 0,3 % im Durchschnitt der von der Coronapandemie und der Hochinflationphase geprägten vergangenen fünf Jahre. Das Wachstum dürfte im Prognosezeitraum um 0,4 Prozentpunkte hinter dem im Durchschnitt des Euroraums zurückbleiben.

Die Mittelfristprognose des IHS basiert auf der Sommer-Prognose des Instituts vom Juni 2025 und erweitert den Prognosehorizont um die Jahre 2027 bis 2029. Ausgehend von 0,1 % bzw. 1,0 % in den Jahren 2025 und 2026 werden für die Jahre 2027, 2028 und 2029 Zuwächse der heimischen Wirtschaftsleistung von 1,3 %, 1,2 % und 1,1 % erwartet. Diese Projektion orientiert sich am Produktionspotenzial, also der bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren erreichbaren gesamtwirtschaftlichen Produktion. Lohn- und Preisanpassungen sorgen dafür, dass mittelfristig die tatsächliche Produktion den Produktionsmöglichkeiten entspricht.

Das IHS schätzt, dass das Produktionspotenzial Österreichs von 2025 bis 2029 durchschnittlich um 0,7 % pro Jahr steigen wird. Diese Entwicklung wird durch den Trend des Arbeitsvolumens, gemessen in Stunden, die Veränderung des Kapitalstocks sowie den Trend der totalen Faktorproduktivität getrieben. Die Wachstumsbeiträge der totalen Faktorproduktivität und der Sachkapitalbildung steigen zwar geringfügig, der sinkende Beitrag des Arbeitsvolumens drückt jedoch das heimische Produktionspotenzial deutlich.

Die Rezession hat den IHS-Schätzungen zufolge dazu geführt, dass das Bruttoinlandsprodukt Österreichs im Jahr 2024 um rund 1 % unter den Produktionsmöglichkeiten lag. Wegen der schwachen Konjunktur dürfte die Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten heuer noch weiter auf gut 1,5 % zulegen. Erst ab dem kommenden Jahr wird das Produktionspotenzial mit der erwarteten stärkeren wirtschaftlichen Belebung wieder mehr ausgelastet. Wie bei Mittelfristprognosen üblich, wird davon ausgegangen, dass ohne das Auftreten neuer makroökonomischer Schocks am Ende des Fünfjahreszeitraums die Produktionslücke geschlossen sein wird.

Die internationalen Rahmenbedingungen schätzt das IHS wie folgt ein. Gegenwärtig expandiert die Weltwirtschaft mit mäßigem Tempo. Geopolitische Risiken und insbesondere die von den USA ausgehende handelspolitische Unsicherheit belasten die Weltwirtschaft. Hinsichtlich der US-Zölle wird unterstellt, dass die Mitte Juni geltenden Regelungen über den gesamten Prognosezeitraum Bestand haben. Mit durchschnittlich 1,8 % pro Jahr dürfte das Wachstum in den USA im Prognosezeitraum um gut einen halben Prozentpunkt geringer als in den vergangenen fünf Jahren ausfallen. In China dürfte sich das durchschnittliche jährliche Wachstum auf 3,6 % abschwächen. Für den Euroraum wird hingegen eine leichte Beschleunigung von 1,0 % auf 1,3 % erwartet. Die Weltwirtschaft dürfte durchschnittlich um 2,9 % expandieren.

In der zurückliegenden Fünfjahresperiode hat der private Konsum in Österreich annähernd stagniert. Dazu haben anfänglich die coronabedingten Einschränkungen beigetragen, zuletzt blieb der Konsum trotz kräftiger Realeinkommenszuwächse schwach. Mit der Aufhellung des Konsumklimas dürfte die auf 11,7 % gestiegene Sparquote stetig zurückgehen und am Ende des Fünfjahreszeitraums 8,2 % erreichen. Ausgehend von 0,7 % im laufenden Jahr dürfte das Konsumwachstum im Jahr 2027 mit 1,3 % seinen Höhepunkt erreichen und am Ende des Prognosezeitraums 1,0 % betragen.

In den vergangenen Jahren führten in Österreich die ausgeprägte Unsicherheit, die hohen Energie- und Finanzierungskosten sowie die sehr kräftig gestiegenen Lohnstückkosten zu Rückgängen der Sachkapitalbildung. Für die nächsten Jahre rechnet das IHS mit wieder anziehenden Bruttoanlageinvestitionen. Allerdings dürften der

Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit sowie die hohe handelspolitische Unsicherheit die Ausrüstungsinvestitionen weiterhin belasten. Mit einer durchschnittlichen Zunahme von 1,1 % pro Jahr expandieren sie daher nur schwach. Nach deutlichen Rückgängen in den vergangenen Jahren dürften die Bauinvestitionen ihren Tiefpunkt im laufenden Jahr erreichen und im Durchschnitt des Prognosezeitraums um 0,9 % pro Jahr zulegen. Für die Bruttoanlageinvestitionen ergibt sich somit ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs von 1,0 %.

Der globale Warenhandel leidet unter der US-Zollpolitik und dürfte im Prognosezeitraum um durchschnittlich 1,9 % pro Jahr und damit merklich langsamer als die Weltwirtschaft expandieren. Die heimischen Exportmärkte wachsen laut Prognose des IHS von 2025 bis 2029 im Durchschnitt um 2,1 % jährlich. Darum können die österreichischen Warenexporte um 1,3 % pro Jahr zulegen, obwohl Österreichs Exportwirtschaft zuletzt vor dem Hintergrund der kräftig gestiegenen Lohnstückkosten deutliche Marktanteilsverluste erlitten hat. Bei den Gesamtexporten wird der Zuwachs voraussichtlich 1,5 % betragen. Mit 1,7 % pro Jahr dürften die Gesamtimporte etwas schneller als die Exporte expandieren und von der Außenwirtschaft insgesamt ein leicht negativer Wachstumsbeitrag ausgehen.

Das IHS prognostiziert für das laufende Jahr eine Inflationsrate laut Verbraucherpreisindex von 2,9 %. Mit dem Wegfall des Basiseffekts bei den Energiepreisen (Auslaufen der fiskalpolitischen Maßnahmen) und der schwächeren Lohndynamik dürfte die Inflationsrate im kommenden Jahr auf 1,9 % fallen. Für die Jahre ab 2027 werden Inflationsraten von knapp über 2 % erwartet, sodass sich für den gesamten Prognosezeitraum eine durchschnittliche Inflationsrate von 2,3 % ergibt.

Alles in allem ist die Arbeitsmarktlage trotz langanhaltender Rezession robust, auch wenn die Beschäftigung seit Mitte 2023 stagniert und die Arbeitslosenquote langsam zugenommen hat. Mit der Rückkehr auf einen verhaltenen Wachstumspfad und verstärkt durch eine demografisch bedingt deutlich gedämpfte Zunahme des Arbeitskräfteangebots dürfte die Arbeitslosigkeit ab dem kommenden Jahr wieder zurückgehen. Ausgehend von 7,5 % im laufenden Jahr rechnet das IHS bis zum Jahr 2029 mit einem Sinken der Arbeitslosenquote auf 6,2 %. Die Beschäftigung dürfte um durchschnittlich 0,5 % pro Jahr zulegen.

Im Vorjahr belief sich in Österreich das Defizit der öffentlichen Haushalte auf 4,6 % des Bruttoinlandsprodukts. Das Doppelbudget 2025/26 der Bundesregierung sieht daher Konsolidierungsmaßnahmen von 6,3 Mrd. Euro – beziehungsweise kumuliert über beide Jahre von 8,7 Mrd. Euro – vor. Das IHS geht davon aus, dass das gesamtstaatliche Defizit bei strikter Budgetdisziplin im kommenden Jahr auf 4,1 % des BIP zurückgeht. Für den weiteren Zeitraum unterstellt das IHS eine etwas langsamere

Rückführung der Ausgabenquote als die Bundesregierung. Damit ergibt sich am Ende des Prognosezeitraums ein gesamtstaatliches Defizit von 3,2 % des BIP. Um dieses – trotz der demografisch bedingt spürbar zunehmenden Budgetbelastungen – deutlich und nachhaltig unter die Maastricht-Grenze von 3,0 % zu drücken, sind ambitioniertere Strukturreformen und eine auf die Erhöhung des Potenzialwachstums ausgerichtete Wirtschaftspolitik erforderlich.

Die vorliegende Mittelfristprognose des IHS ist mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet. Die erratische Wirtschaftspolitik der USA und die geopolitischen Spannungen halten international die Unsicherheit hoch. Weitere Zollerhöhungen und insbesondere eine Schwächung des regelbasierten internationalen Handelssystems könnten den Welthandel und die Industrieproduktion noch stärker dämpfen. Die mittelfristige Ausweitung des US-Budgetdefizits könnte zu einem Anstieg der langfristigen Zinsen und zu Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten führen. Eine Eskalation der geopolitischen Spannungen, etwa im Nahen Osten, in Ostasien oder in der Ukraine, könnte die Energiepreise nach oben treiben. Damit wäre die Inflation höher, die Realeinkommen würden sich schwächer entwickeln und die Geldpolitik müsste wohl reagieren.

In Kapitel 5 werden die ökonomischen Auswirkungen der US-Handelspolitik auf Österreich und Europa untersucht. Durch den protektionistischen Kurs der Trump-Administration ist der gewichtete durchschnittliche US-Importzollsatz ausgehend von 2,5 % im vergangenen Jahr auf aktuell 12,3 % gestiegen. Dies gibt Anlass zur Sorge für die österreichische Wirtschaft, denn die USA sind neben China und der Schweiz der wichtigste Handelspartner außerhalb der EU. Bei einem Exportvolumen Österreichs in die USA von 3,4 % des BIP würde ein US-Importzoll von 10 % unter vereinfachenden Annahmen die österreichische Wirtschaftsleistung um 0,3 % verringern. Berücksichtigt man als Reaktion auf die hohen US-Zollsätze zu erwartende Handelsumlenkungen und Wechselkursreaktionen, dürfte der BIP-Effekt geringer ausfallen. Modellsimulationen des IHS zeigen, dass die bisher verhängten US-Zölle die Wirtschaftsleistung Österreichs heuer um 0,2 % und kommendes Jahr um 0,1 % verringern könnten. Im Vergleich dazu sind die BIP-Verluste der USA mit 0,5 % im Jahr 2025 und 0,7 % im Jahr 2026 deutlich größer.

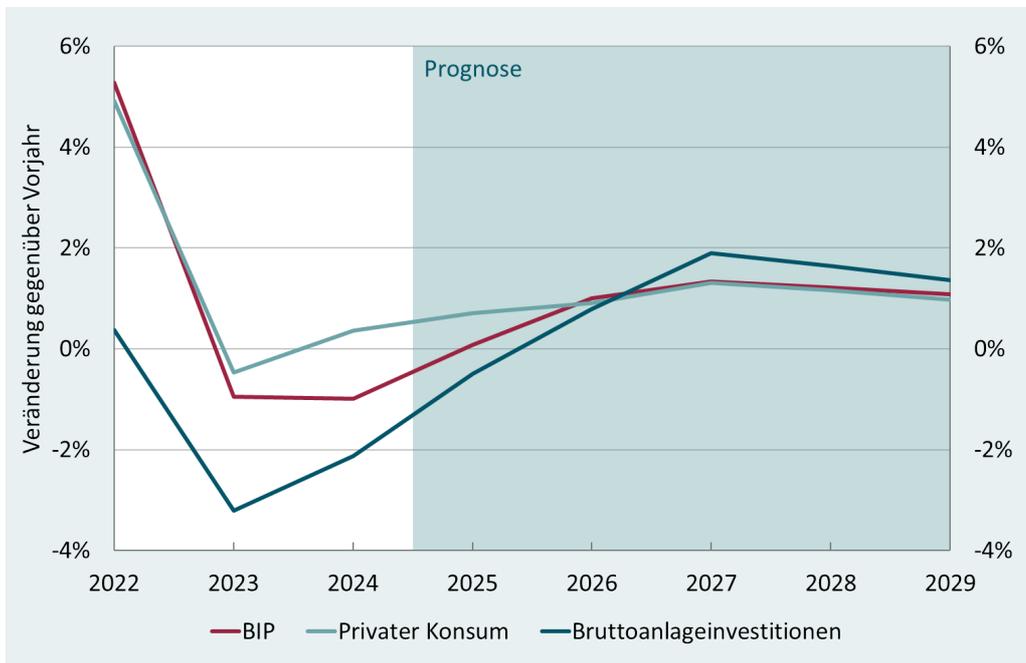
**Tabelle 1: Hauptergebnisse der IHS-Prognose**  
*Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent*

	2015–2019	2020–2024	2025–2029
Bruttoinlandsprodukt, real	2,0	0,3	0,9
Privater Konsum, real	1,2	0,1	1,0
Bruttoinvestitionen, real	3,4	-1,9	1,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	3,9	-0,9	1,0
Ausstattungsinvestitionen, real	5,1	1,0	1,1
Bauinvestitionen, real	2,5	-3,1	0,9
Inlandsnachfrage, real	1,9	0,0	1,1
Exporte i. w. S., real	4,0	0,7	1,5
Waren, real (laut VGR)	3,8	0,7	1,3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	3,7	-0,9	1,8
Importe i. w. S., real	4,0	0,4	1,7
Waren, real (laut VGR)	3,3	-0,7	1,7
Reiseverkehr, real (laut VGR)	4,6	3,4	1,9
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,7	0,9	0,5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>i</sup>	8,3	7,5	6,9
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>i</sup>	5,7	5,5	5,2
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,2	4,8	2,7
Preisindex des BIP	1,7	3,8	2,0
Verbraucherpreisindex	1,5	4,7	2,3
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP <sup>i</sup>	-0,4	-4,9	-3,8
3-Monats-Euribor <sup>i</sup>	-0,3	1,3	2,1
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen <sup>i</sup>	0,5	1,5	3,1

<sup>i</sup>absolute Werte

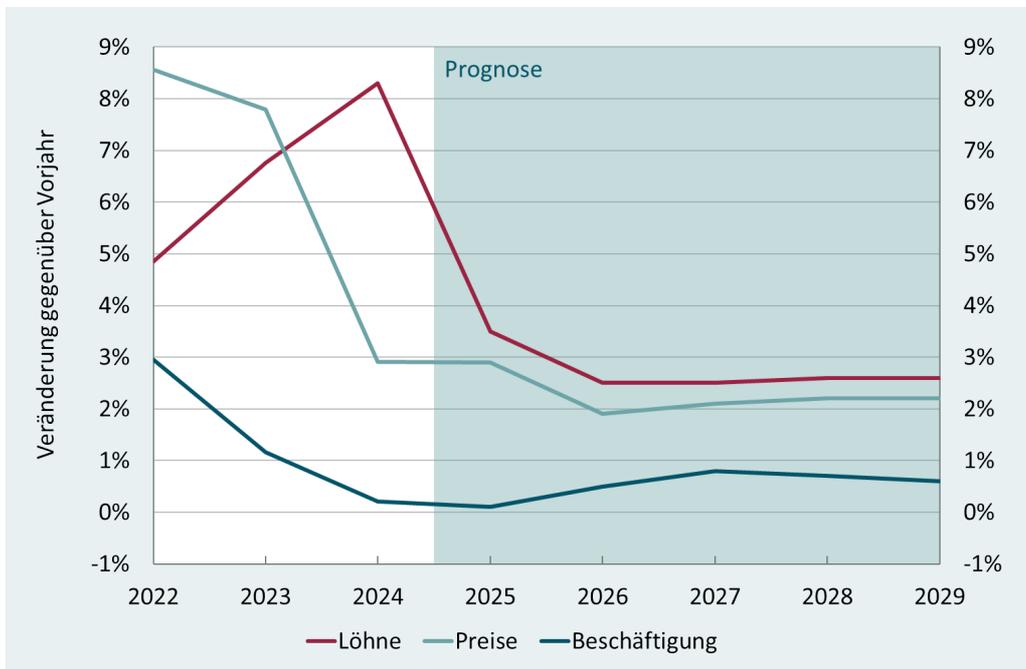
Quelle: Statistik Austria, LSEG Datastream, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



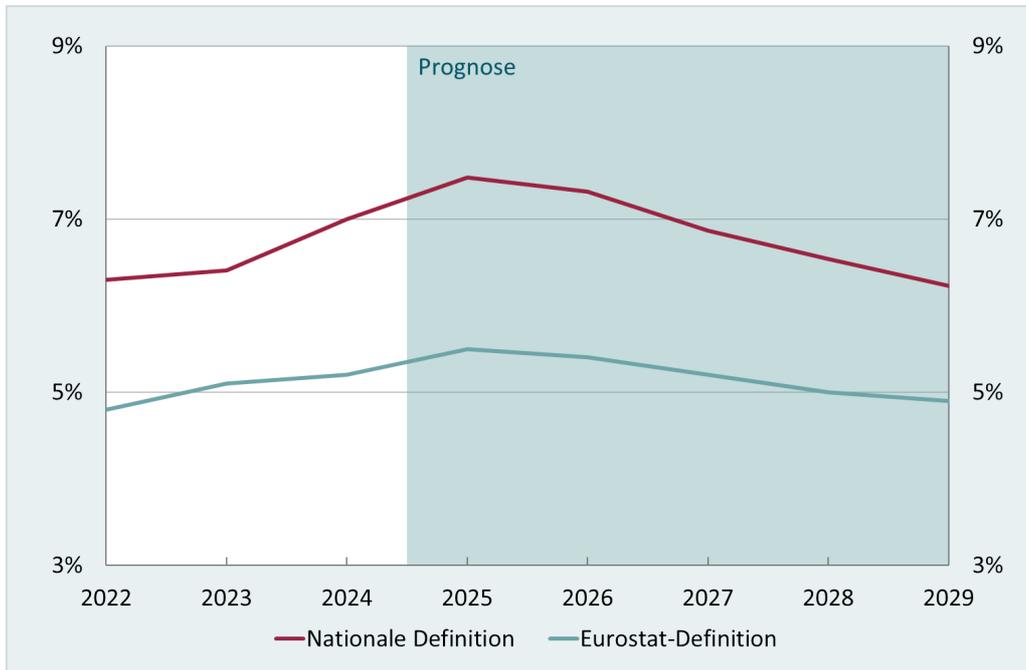
Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



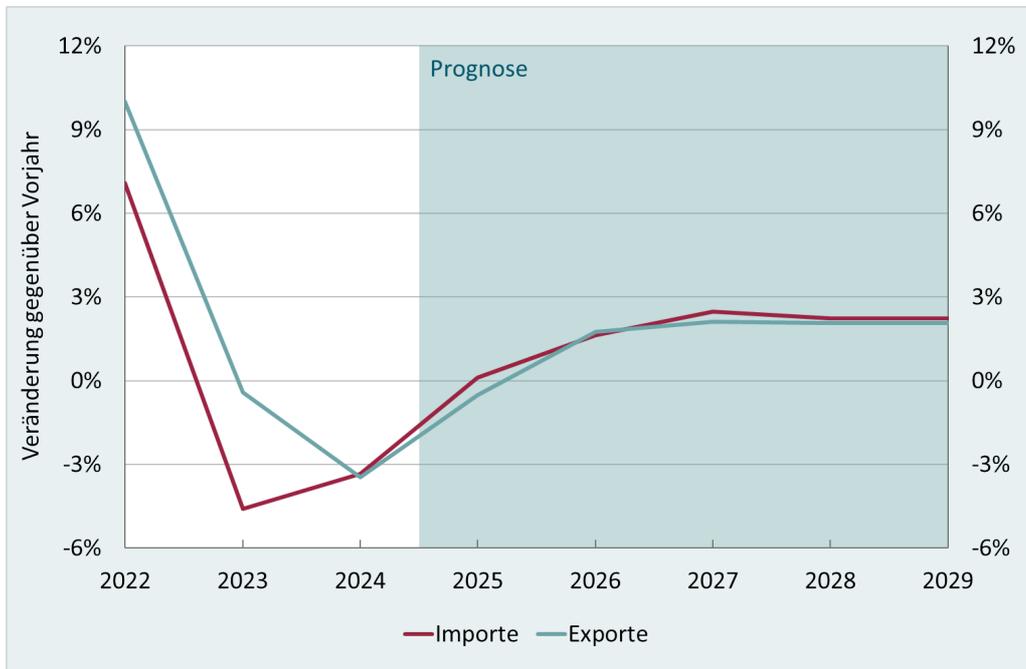
Quelle: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



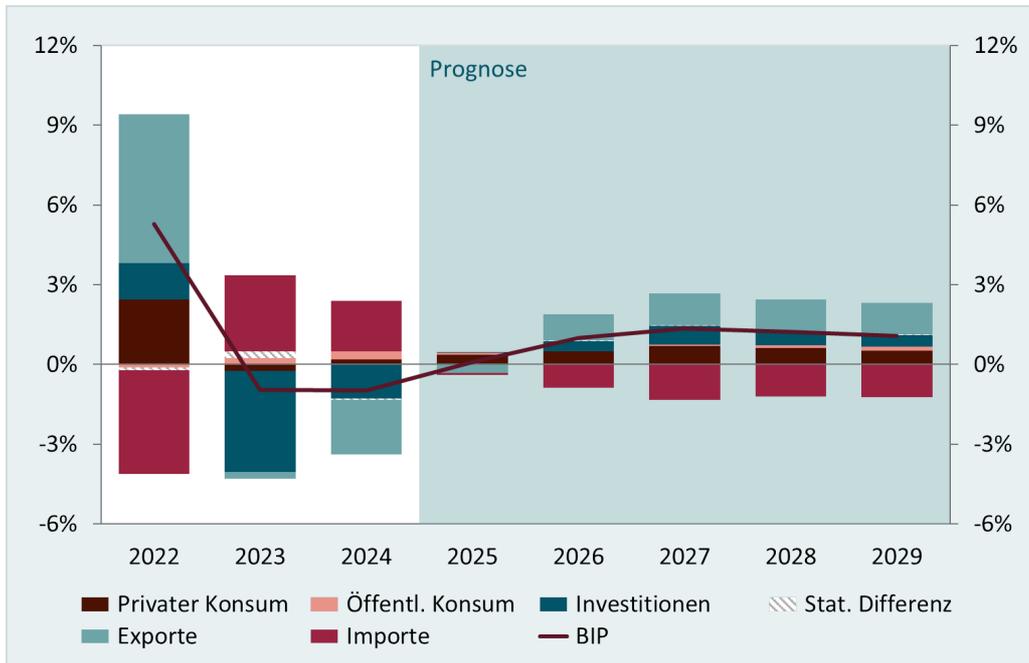
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



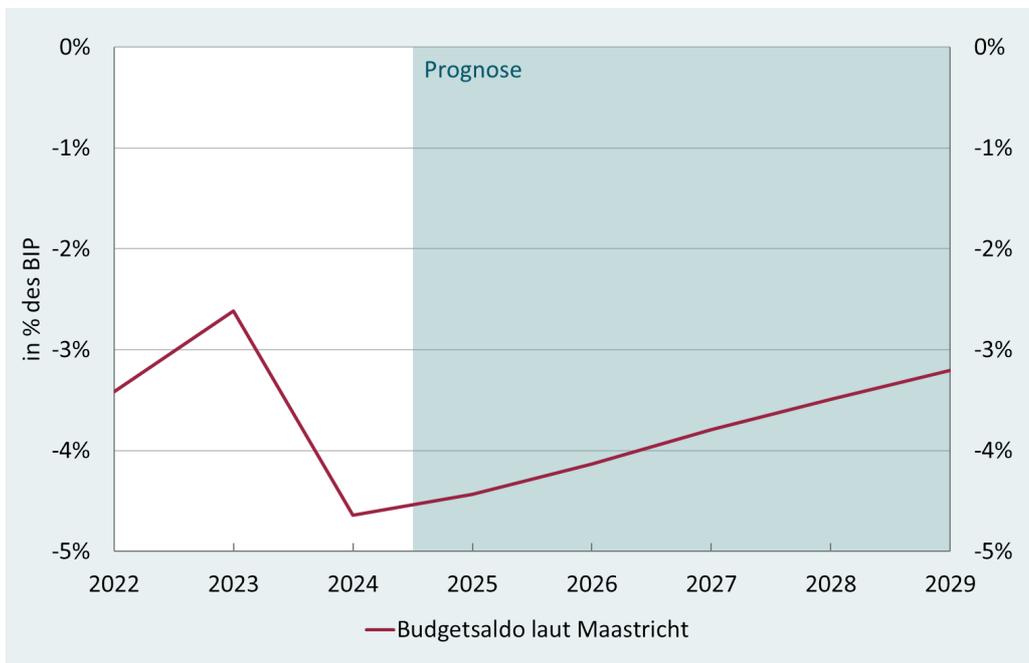
Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 6: Budgetsaldo laut Maastricht



Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

## 2 Das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft

Die mittelfristige Projektion orientiert sich am Produktionspotenzial, also der bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren erreichbaren gesamtwirtschaftlichen Produktion. Lohn- und Preisanpassungen sorgen dafür, dass im mittelfristigen Durchschnitt die tatsächliche Produktion den Produktionsmöglichkeiten entspricht. Als Produktionsfaktoren werden bei der hier verwendeten Schätzung des Produktionspotenzials der Trend des Arbeitsvolumens, gemessen in Stunden, der Kapitalstock und der Trend der totalen Faktorproduktivität berücksichtigt. Die totale Faktorproduktivität misst in einer Produktionsfunktion jenen Teil der Änderung der gesamtwirtschaftlichen Produktion, der nicht auf Änderungen des mengenmäßigen Einsatzes von Arbeit und Kapital zurückzuführen ist.

Hinsichtlich der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird auf die Bevölkerungsprognose von Statistik Austria (Hauptvariante mit mittlerer Zuwanderung) zurückgegriffen. Als Personen im erwerbsfähigen Alter werden, im Einklang mit der offiziellen Produktionspotenzialschätzung in der EU, Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren berücksichtigt, auch wenn in Österreich noch immer nur sehr wenige Personen über 65 Jahren am Arbeitsmarkt aktiv sind. Gemäß der Prognose von Statistik Austria wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter in Österreich im Jahr 2029 um rund 65.000 Personen bzw. 1 % höher sein als im Jahr 2024. Die Zunahme geht vollständig auf die Zuwanderung zurück, denn in der Variante ohne Zuwanderung würde der Bevölkerungsstand bis 2029 um rund 78.000 Personen bzw. 1 % zurückgehen.

Die Erwerbsbeteiligung der Personen bis 65 Jahre ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Für den Prognosezeitraum ist noch ein leichter weiterer Anstieg zu erwarten, vor allem wegen der schrittweisen Heranführung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters von Frauen an das von Männern. Die Erwerbsquote der Personen über 65 Jahren wird dagegen voraussichtlich auch weiterhin sehr niedrig bleiben, solange das Regelpensionsantrittsalter nicht über 65 Jahre hinaus angehoben wird. Die gesamte trendmäßige Erwerbsbeteiligung wird gemäß der vorliegenden Projektion bis zum Jahr 2029 um 1,5 Prozentpunkte zunehmen.

Die strukturelle Arbeitslosenquote wurde den Schätzungen des IHS zufolge von der Coronakrise und der Energiepreiskrise infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nur wenig beeinflusst. Jedoch hat sich ihr Rückgang zuletzt verlangsamt. Auch wegen des Arbeitskräftemangels in vielen Bereichen dürfte die aktuelle Arbeitslosigkeit zu einem großen Teil strukturelle Ursachen haben. Die auf Basis der

international harmonisierten Definition der Arbeitslosigkeit berechnete strukturelle Arbeitslosenquote dürfte daher von den geschätzten 5,1 % im Jahr 2024 nur wenig sinken und sich im Jahr 2029 auf 4,8 % belaufen.

Aufgrund der zunehmenden Teilzeitbeschäftigung ist die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren gesunken. Diese Tendenz dürfte sich im Prognosezeitraum leicht abgeschwächt fortsetzen. Die Trendfortschreibung ergibt bis zum Jahr 2029 einen Rückgang um insgesamt 0,5 %. Alles in allem dürfte damit das trendmäßige Arbeitsvolumen bis zum Ende des Fünfjahreszeitraums um 3,1 % steigen, was einer durchschnittlichen Zunahme um 0,6 % pro Jahr entspricht.

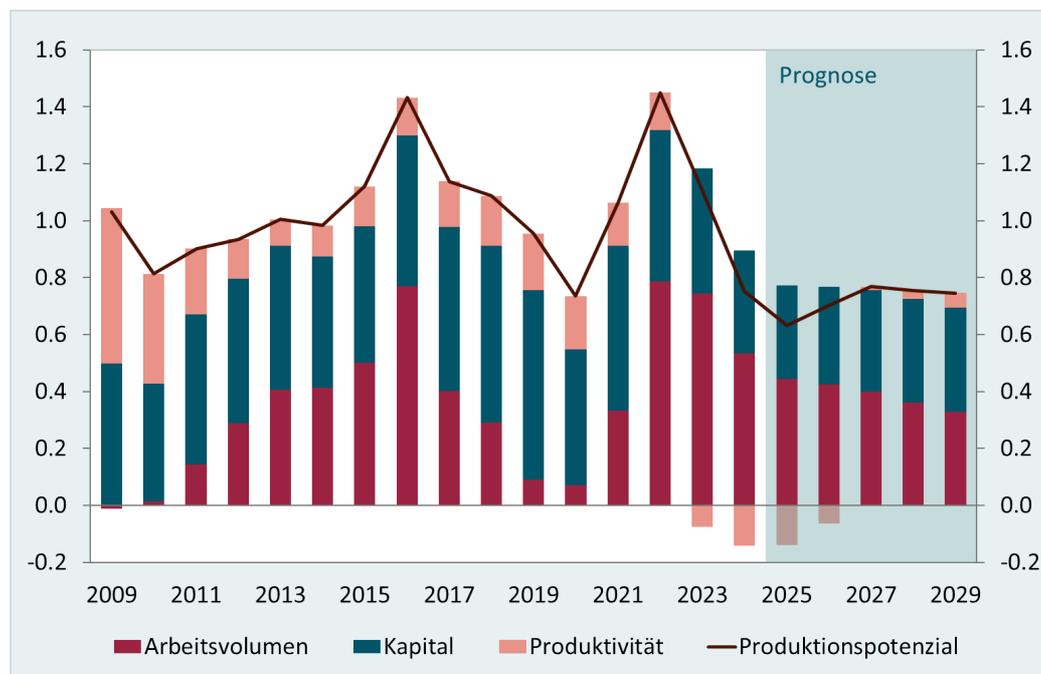
Wegen der krisenbedingt schwachen Nachfrage aus dem In- und Ausland sowie des Verlusts an preislicher Wettbewerbsfähigkeit ist in den vergangenen Jahren die Kapazitätsauslastung in der Industrie deutlich gesunken. Da zudem die Unsicherheit hoch ist, sind die Anlageinvestitionen in Österreich in den Jahren 2023 und 2024 gesunken und werden wohl auch im Jahr 2025 weiter zurückgehen und erst ab dem kommenden Jahr allmählich steigen. Auf den Kapitalstock schlägt die Investitionsschwäche nicht voll durch, da die jährlichen Investitionen nur einen kleinen Teil des Kapitalbestands ausmachen. Solange die Bruttoanlageinvestitionen größer als die Abschreibungen sind, wächst der Kapitalstock, bei schwacher Investitionstätigkeit aber nur wenig. Da die Belastungsfaktoren im Prognosezeitraum nur allmählich abnehmen dürften, wird der Kapitalstock bis zum Jahr 2029 voraussichtlich nur um 1,0 % pro Jahr ausgeweitet.

Die totale Faktorproduktivität hat sich in Österreich, wie in vielen anderen Industrieländern, deutlich abgeschwächt. Seit dem Jahr 2011 hat sie kaum mehr als stagniert. Die Verschlechterung der Standortbedingungen, etwa durch kräftige Kostensteigerungen und bürokratische Hürden, dürfte die Produktivität in Mitleidenschaft gezogen haben. Diese Faktoren werden wohl auch in der mittleren Frist fortbestehen. Zusätzliche Investitionen in die Digitalisierung sowie in Forschung und Entwicklung dürften die Produktivitätsentwicklung in den kommenden Jahren aber stützen. Das IHS schätzt, dass die trendmäßige Produktivität im Durchschnitt der kommenden fünf Jahre stagnieren wird.

Auf Basis der beschriebenen Entwicklung der Bestimmungsfaktoren geht das IHS davon aus, dass das Produktionspotenzial im Jahr 2024 um 0,7 % gestiegen ist. Wegen der Nachwehen der Investitionsschwäche dürfte das Wachstum im Jahr 2025 noch geringfügig niedriger ausfallen und erst allmählich auf 0,8 % pro Jahr zulegen. Für den Zeitraum bis 2029 resultiert daraus eine durchschnittliche Zunahme der Produktionsmöglichkeiten um 0,7 % pro Jahr. Wie Abbildung 7 zeigt, dürfte die marginale Beschleunigung des Produktivitätsfortschritts und der Sachkapitalbildung nicht

ausreichen, um den demografisch bedingten Rückgang des Wachstumsbeitrags des Arbeitsvolumens auszugleichen.

**Abbildung 7: Produktionspotenzial und seine Determinanten in Prozent bzw. Prozentpunkten**

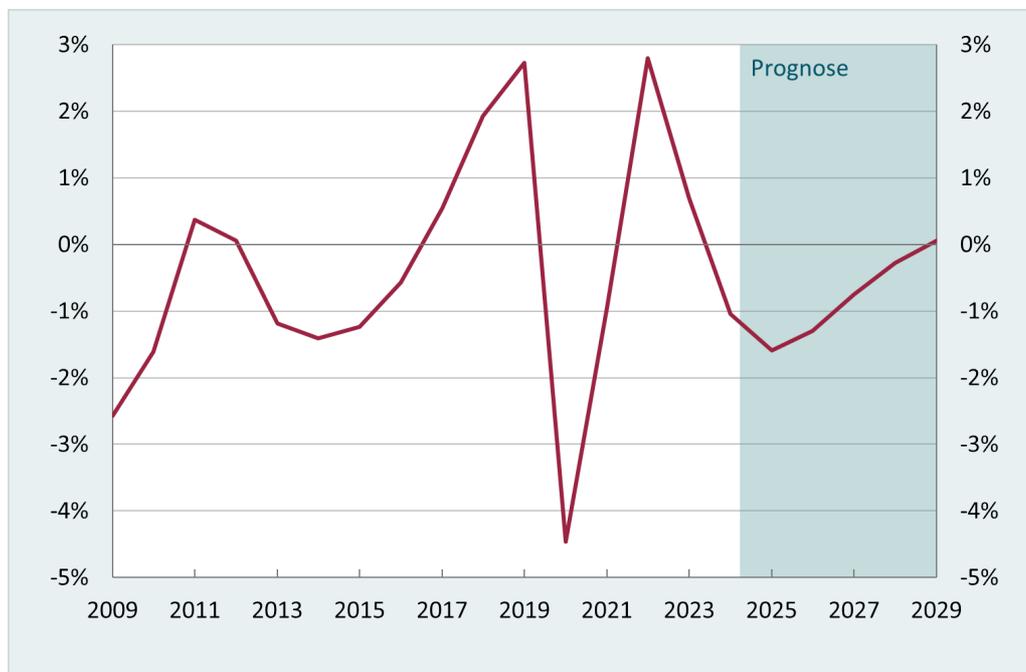


Quelle: Eigene Schätzungen und Berechnungen, ab 2025 Prognose des IHS

Die Rezession infolge der Energiepreiskrise hat dazu geführt, dass im Jahr 2024 den IHS-Schätzungen zufolge das Bruttoinlandsprodukt um rund 1 % unter den Produktionsmöglichkeiten lag (Abbildung 8). Wegen der schwachen Konjunktur dürfte die Unterauslastung im laufenden Jahr noch weiter auf rund 1½ % zulegen. Erst mit der erwarteten wirtschaftlichen Belebung ab 2026 werden die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten wieder stärker ausgelastet. Wie bei mittelfristigen Wirtschaftsprognosen üblich, wird davon ausgegangen, dass ohne das Auftreten neuer makroökonomischer Schocks am Ende des Fünfjahreszeitraums die Produktionslücke geschlossen sein wird.

**Abbildung 8: Produktionslücke**

Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotenzial in Prozent des Produktionspotenzials



Quelle: Eigene Schätzungen und Berechnungen, ab 2025 Prognose des IHS.

## 3 Das außenwirtschaftliche Umfeld

### 3.1 Überblick

Die **weltweite** Wirtschaftsleistung ist im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 2,7 % pro Jahr gestiegen. Dabei belief sich das Wachstum in den OECD-Ländern auf 1,7 % und in den Entwicklungs- und Schwellenländern auf 3,5 % pro Jahr. Der Fünfjahresdurchschnitt ist durch die Coronapandemie und die Folgen der europäischen Energiepreiskrise geprägt. Bereits im Jahr 2021 war die Wirtschaftsleistung sowohl in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern im Aggregat höher als im Jahr 2019. Anschließend verlor die Expansion allerdings an Schwung, was vor allem auf die OECD-Länder zurückzuführen ist. In dieser Gruppe stieg die Wirtschaftsleistung im Jahr 2024 noch um 1,8 %, in der Gruppe der übrigen Volkswirtschaften um 4,5 %.

Das Volumen des globalen Warenhandels nahm im Zeitraum 2020 bis 2024 um 1,6 % pro Jahr zu. Auf den coronabedingten Einbruch im Jahr 2020 folgte im Jahr 2021 eine rasche Erholung. Anschließend legte der Welthandel aber nur noch wenig zu, und im Jahr 2023 ging er sogar um 0,8 % zurück. Erst im Laufe des Jahres 2024 erholte sich der Warenhandel, und Ende 2024 legte er kräftig zu. Dies dürfte aber nicht zuletzt auf Vorzieheffekte im Zusammenhang mit angekündigten Erhöhungen der US-Importzölle zurückzuführen sein. Die Verwerfungen im Welthandel in den Jahren 2020 bis 2022 sind großteils Folgen der Coronapandemie. Zu Beginn der Pandemie brachen die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und mit ihr der Warenhandel ein. Später wurde die Aktivität bei den personenbezogenen Dienstleistungen durch Einschränkungen des öffentlichen Lebens behindert, sodass sich die Nachfrage hin zu Waren verschob. Der Beitrag der Industrie zum weltwirtschaftlichen Produktionszuwachs stieg, und der Warenhandel erhielt einen Schub. Ab dem Jahr 2022 nahmen diese pandemiebedingten Effekte ab. Hinzu kamen dann jedoch Nachfragerückgänge bei Industriegütern in Folge der Zinsanhebungen. Dies belastete die Industrieproduktion und den Warenhandel.

Der Welthandel hat sich aber bereits seit der Weltfinanzkrise 2008/2009 von der weltweiten Wirtschaftsleistung entkoppelt. So stieg im Jahrzehnt vor der Coronapandemie die globale Wirtschaftsleistung im Durchschnitt um 3,1 %, der Welthandel aber nur um 2,0 % pro Jahr. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die steigende Bedeutung des Dienstleistungssektors, mittlerweile auch in vielen Schwellenländern. Allerdings zeigt sich auch eine trendmäßige Abschwächung des Zusammenhangs zwischen Warenhandel und Industrieproduktion. Diese Verschiebung ist zum Teil auf eine verringerte Handelsintensität der chinesischen Produktion zurückzuführen. Dies ist vor

allem dadurch bedingt, dass die chinesische Wirtschaftspolitik darauf ausgerichtet ist, die Inlandsnachfrage zu stärken und immer größere Teile des eigenen Bedarfes an höherwertigen Produkten aus heimischer Produktion zu decken. Darüber hinaus haben bereits seit der Coronapandemie weltweit Handelskonflikte und protektionistische Tendenzen zugenommen. Mit der Wiederwahl Donald Trumps als US-Präsident im Herbst 2024 hat sich dies nochmals massiv verstärkt (siehe Kapitel 5). Daher erwartet das IHS, dass die Expansion des Welthandels bis 2029 mit 1,9 % pro Jahr weiterhin deutlich hinter dem globalen Produktionsanstieg zurückbleiben wird. Die protektionistische Politik impliziert den Verzicht auf die Nutzung von Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung und damit insbesondere in den USA einen geringeren Wettbewerbsdruck für die heimischen Unternehmen, wodurch zwei Quellen des Produktivitätsfortschritts reduziert werden.

Die Weltwirtschaft expandiert bis 2029 voraussichtlich weiter moderat. Die protektionistische Handelspolitik und vielerorts eine Verlangsamung des Potenzialwachstums aufgrund der Bevölkerungsalterung bremsen aber die Expansion. Die demografische Entwicklung bremst das Wachstum vor allem in Europa und in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften Asiens. Bereits seit einigen Jahren hat aber auch die chinesische Wirtschaft an Dynamik verloren. Strukturelle Faktoren wirken auf niedrigere Wachstumsraten hin. So ist das Potenzial für Produktivitätsfortschritte durch Technologieadaptation geringer geworden. Hinzu kommt, dass geopolitische Spannungen den technologischen Austausch zwischen China und den westlichen Volkswirtschaften behindern. Bremsend wirken zukünftig zunehmend auch demografische Faktoren, da die geringen Geburtenraten der vergangenen Jahrzehnte zu einem allmählich schrumpfenden Arbeitskräftepotenzial führen. Das nachlassende Wachstum in China wird wohl nur zum Teil durch ein höheres Wachstum in anderen Schwellenländern ausgeglichen. Zum einen fehlen dort oft die institutionellen Voraussetzungen für eine höhere wirtschaftliche Dynamik, zum anderen ist der Anteil dieser Länder an der Weltwirtschaft zu gering. Das größte Gegengewicht könnte in den nächsten Jahren Indien bilden, wo ein großes Potenzial an jungen, oft gut ausgebildeten, Arbeitskräften besteht. Alles in allem dürfte die Weltwirtschaft bis 2029 um 2,9 % pro Jahr und damit nur wenig stärker als im von der Coronapandemie beeinflussten vergangenen Fünfjahreszeitraum zunehmen. Für die OECD-Länder erwartet das IHS eine durchschnittliche Wachstumsrate von 1,6 % pro Jahr und damit sogar ein leicht geringeres Wachstum als in den zurückliegenden fünf Jahren.

Der Erdölpreis unterlag in den vergangenen Jahren starken Schwankungen. Er erreichte, gemessen an Tagesdurchschnitten, während der Coronapandemie mit 13,7 US-Dollar je Barrel Brent im April 2020 sein Minimum und Anfang März 2022 mit 137,7 US-Dollar sein Maximum innerhalb des Zeitraums 2020 bis 2024. Im

Durchschnitt belief er sich auf 75,5 US-Dollar je Barrel. Der Pfad des Ölpreises im Prognosezeitraum basiert auf Terminmarktnotierungen. Aus diesen ergibt sich für den Zeitraum 2025 bis 2029 ein durchschnittlicher Erdölpreis von 66,7 US-Dollar je Barrel Brent. Noch wesentlich stärker als beim Ölpreis war die Schwankungsbreite beim europäischen Gaspreis. Dieser wurde von den befürchteten Unterbrechungen der Lieferung von leitungsgebundenem Erdgas aus Russland im Gefolge des russischen Überfalls auf die Ukraine im Jahr 2022 stark in die Höhe getrieben. Gemessen an Tagesdurchschnitten erreichte der Preis für eine MWh Erdgas zur Lieferung in einem Monat am europäischen Handelsplatz TTF im August 2022 mit 311 Euro den Höchstwert. Nur rund zwei Jahre zuvor wurde im Mai 2020 mit 3,67 Euro je MWh der niedrigste Wert für den europäischen Gaspreis während der vergangenen fünf Jahre verzeichnet. Im Durchschnitt belief er sich auf knapp 53 Euro. Im Prognosezeitraum dürfte der Gaspreis in Europa aufgrund des zunehmenden Einsatzes von verflüssigtem Erdgas statt des durch Pipelines transportierten Erdgases höher bleiben als vor Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine und auch höher als in anderen Weltregionen wie Asien oder den USA. Für die übrigen Rohstoffpreise wird unterstellt, dass sie im Prognosezeitraum konstant bleiben.

Der durchschnittliche Wechselkurs zwischen dem Euro und dem US-Dollar betrug in den vergangenen fünf Jahren 1,11 USD/EUR. Innerhalb des Fünfjahreszeitraums schwankte er zwischen 0,96 USD/EUR Ende September 2022 und 1,23 USD/EUR Ende Dezember 2020. Bemerkenswert ist die Entwicklung des Wechselkurses in der ersten Jahreshälfte 2025. Nach der Ankündigung und der ersten Verhängung von US-Importzöllen wertete der Dollar zunächst, wie zu erwarten, deutlich auf. Ab Februar kehrte sich die Entwicklung allerdings um, und der Dollar verlor kontinuierlich an Wert. Ende Juni 2025 war der Wechselkurs mit rund 1,17 US-Dollar je Euro so hoch wie seit Herbst 2021 nicht mehr. Ungeachtet der zeitweise recht deutlichen Volatilität wird für den Prognosezeitraum unterstellt, dass sich der über den gesamten Fünfjahreszeitraum berechnete durchschnittliche Wechselkurs mit 1,14 USD/EUR nicht wesentlich vom Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre unterscheidet.

Die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten sind mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet. Die Zollpolitik und die Unsicherheit könnten die Wirtschaftsaktivität stärker dämpfen als in dieser Prognose unterstellt. Darüber hinaus könnte durch die zollinduzierte Neuausrichtung der globalen Handelsströme und den Verzicht auf Spezialisierungsvorteile das Potenzialwachstum in den betroffenen Ländern geringer ausfallen. Auch die fiskalischen Risiken nehmen zu. Die Staatsverschuldung ist in vielen Ländern bereits hoch, und in den kommenden Jahren sind hohe Investitionen in die Verteidigung, die Infrastruktur und die grüne Transformation notwendig. Die öffentlichen Haushalte kommen auch durch die Alterung der Bevölkerung unter Druck.

Zudem steigen die Kosten für den Schuldendienst. Hohe Schuldenstände und verschärfte Finanzierungsbedingungen stellen besondere Risiken für Entwicklungsländer dar, von denen viele in naher Zukunft einen hohen Refinanzierungsbedarf haben. Historisch hohe Aktienbewertungen erhöhen zudem die Anfälligkeit für negative Schocks an den Finanzmärkten. Abrupte Änderungen in den Bewertungen von Aktien und Anleihen würden die Finanzierungsbedingungen verschlechtern. Solche Änderungen könnten etwa auftreten, wenn die Finanzmärkte negativ auf geringere Wachstumsaussichten infolge der Zollpolitik und die hohe Unsicherheit reagieren. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass die als Reaktion auf die US-Importzölle verhängten chinesischen Exportrestriktionen auf Seltene Erden die Industrieproduktion in den bisherigen Abnehmerländern beeinträchtigen. Noch deutlich schwerwiegender für die Weltwirtschaft würde sich eine Ausweitung und restriktivere Handhabung dieser Ausfuhrbeschränkungen gegenüber anderen wichtigen Handelspartnern auswirken. Weiterhin hoch sind auch die geopolitischen Risiken, etwa im Umfeld des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, im Nahen Osten oder im Zusammenhang mit den Spannungen um Taiwan. Besser als erwartet würde sich die Konjunktur nicht zuletzt dann entwickeln, wenn es zu einer raschen tragfähigen Lösung im Zollkonflikt kommt und damit auch die wirtschaftspolitische Unsicherheit abnimmt.

## 3.2 Länder und Regionen

Im **Euroraum** nahm die Wirtschaftsleistung zwischen 2020 und 2024 um durchschnittlich 1,0 % pro Jahr zu. Unter den vier größten Mitgliedstaaten war der Anstieg mit 1,3 % pro Jahr in Spanien am stärksten, gefolgt von 1,1 % pro Jahr in Italien, 0,8 % in Frankreich und 0,1 % in Deutschland. Deutschland verzeichnete damit in den vergangenen fünf Jahren zusammen mit Estland und Finnland das schwächste Wachstum unter den 20 Mitgliedsländern der Währungsunion. Am stärksten wurde die Wirtschaftsleistung in Irland mit 5,3 % pro Jahr ausgeweitet, gefolgt von 5,2 % in Malta, 4,2 % in Zypern und 3,5 % in Kroatien. In den kleineren Ländern, die während der vergangenen Erweiterungsrounden der EU und dem Euroraum beigetreten sind, setzte sich also der Aufholprozess fort. In Irland wird die Konjunktur, vor allem hinsichtlich der Investitionen und der Exporte, seit geraumer Zeit durch die Aktivitäten multinationaler Konzerne beeinflusst.

Verwendungsseitig wies im Durchschnitt der zurückliegenden fünf Jahre der Staatskonsum mit 2,1 % pro Jahr den kräftigsten Anstieg innerhalb der heimischen Absorption auf. Hier schlugen sich die staatlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Coronapandemie und der Energiepreiskrise im Gefolge des russischen Angriffs auf die Ukraine nieder. Hingegen wurde euroraumweit der private Konsum im Zeitraum 2020 bis 2024 nur mäßig um 0,6 % pro Jahr ausgeweitet, und die

Bruttoanlageinvestitionen gingen sogar um 0,1 % pro Jahr zurück. Hier schlugen die Zinswende der Europäischen Zentralbank (EZB), die zwischen Juli 2022 und September 2023 den Hauptrefinanzierungssatz von 0 % auf 4,5 % an hob, ebenso wie die hohe Unsicherheit und die schwache globale Nachfrage zu Buche. Die Warenexporte wurden im Zeitraum 2020 bis 2024 um 1,1 % pro Jahr, die Warenimporte um 0,8 % pro Jahr gesteigert. Dynamischer entwickelte sich der Außenhandel mit Dienstleistungen. Hier erreichten die Exporte eine durchschnittliche Wachstumsrate von 3,5 %, die Importe 2,8 % pro Jahr. Auf der Entstehungsseite war die Erzeugung im produzierenden Bereich schwach. Im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich die Wertschöpfung um durchschnittlich 0,5 % pro Jahr, im Bauwesen ging sie sogar um 0,2 % pro Jahr zurück. Auch im konsumnahen zusammengefassten Wirtschaftsbereich Handel, Instandhaltung, Verkehr, Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie expandierte die Wertschöpfung mit 0,4 % pro Jahr nur mäßig. Solide war die Erzeugung im Bereich Information und Kommunikation, in den wirtschaftsnahen Dienstleistungen und im öffentlichen Sektor.

Die Lage auf den Arbeitsmärkten hat sich weiter verbessert. Zwar stieg die saisonbereinigte Arbeitslosenquote wegen der Coronapandemie zu Beginn des Fünfjahreszeitraums von 7,5 % im Jänner auf 8,6 % im Juli und August 2020, aber anschließend ging sie rasch wieder zurück. Auch die Konjunkturschwäche im Zusammenhang mit der Energiepreiskrise in den Jahren 2022 und 2023 hat kaum Spuren auf den Arbeitsmärkten hinterlassen. Im Dezember 2024 belief sich die Arbeitslosenquote auf 6,3 %. Dies war um 0,1 Prozentpunkte mehr als der bisherige, im Oktober und November 2024 erreichte Tiefstwert seit Beginn der Währungsunion. Auch im Mai 2025 lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote auf dem Niveau von Ende 2024. Im Durchschnitt des Zeitraums 2020 bis 2024 belief sie sich auf 7,1 %. Spiegelbildlich zum Rückgang der Arbeitslosigkeit stieg die Beschäftigung weiter. Im vierten Quartal 2024 waren um knapp 5 % mehr Personen im Euroraum erwerbstätig als Ende 2019, und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden erhöhte sich im selben Zeitraum um etwa 4 %.

Die Inflationsrate lag im Durchschnitt des Zeitraums 2020 bis 2024 bei 3,8 % und war damit knapp doppelt so hoch wie das Inflationsziel der EZB von 2 %. Dabei war die Inflation im Jahresdurchschnitt 2020 infolge der pandemiebedingten Rezession mit 0,2 % nur knapp positiv und im Zeitraum August bis Dezember 2020 sogar leicht negativ. Anschließend hat sich die Teuerung mit der Erholung von der Pandemie, den Verwerfungen in den globalen Lieferketten und vor allem wegen des sprunghaften Anstiegs der Energiepreise im Zusammenhang mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine stark beschleunigt. Der Inflationshöhepunkt wurde im Oktober 2022 mit 10,6 % erreicht. In jahresdurchschnittlicher Betrachtung wurde das Maximum im Jahr 2022 mit 8,4 % erreicht. Die Entwicklung der Inflation wurde vor allem durch die

Energiepreise getrieben. Die Energiepreise im harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) sanken im Jahresdurchschnitt 2020 um 6,8 %, während sie im Jahr 2022 um knapp 37 % stiegen. Da in den Jahren 2023 und 2024 die Energiepreise jeweils im Jahresdurchschnitt zurückgingen, verlangsamte sich auch der allgemeine Preisauftrieb spürbar. Allerdings ist die Kerninflation, also der Preisanstieg ohne Energie und Lebensmittel, hartnäckig. Im Jahresdurchschnitt 2024 belief sich die Kerninflation noch auf 2,8 % und die Gesamtinflation auf 2,4 %. Einer Schnellschätzung von Eurostat zufolge betrug im Juni 2025 die Gesamtinflation 2,0 % und die Kerninflation 2,3 %. Auf die sinkende Inflation und die Konjunkturschwäche hat die EZB reagiert und im Zeitraum September 2024 bis Juni 2025 den Hauptrefinanzierungssatz auf 2,15 % gesenkt. Der nach einer Überprüfung des geldpolitischen Rahmens der EZB seit Herbst 2023 als maßgeblicher Leitzins geltende Einlagesatz liegt gegenwärtig bei 2,0 %.

Im Zeitraum 2025 bis 2029 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum um 1,3 % pro Jahr zunehmen (Tabelle 2). Mit der niedrigeren Inflation werden die Realeinkommen gestärkt, was den privaten Konsum stützt. Außerdem dürften die zurückliegenden Zinssenkungen zusammen mit der anziehenden Weltkonjunktur und abnehmender Unsicherheit die Investitionen stärken. Gleichwohl belastet die erratische US-Handelspolitik auch weiterhin die Wirtschaftsaktivität im Euroraum, und die abnehmende Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bremst das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten. Von der Finanzpolitik dürften expansive Impulse im Rahmen des EU-Programms „ReArm Europe Plan/Readiness 2030“ zur Stärkung der Verteidigung ausgehen. Auf der anderen Seite erfordert die in vielen Mitgliedsländern im Zuge der Coronakrise und der Energiepreiskrise stark gestiegene öffentliche Verschuldung Budgetkonsolidierungen. Mit der konjunkturellen Besserung dürfte die Arbeitslosigkeit weiter sinken, wobei Arbeitskräfteknappheiten zunehmend das Wachstum bremsen.

**Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent**

	2020–2024	2025–2029
BIP-Veränderung	1,0	1,3
Arbeitslosenquote	7,1	6,1
Inflation HVPI	3,8	2,1

Quelle: Eurostat, ab 2025 Prognose des IHS

Die **Vereinigten Staaten** befinden sich seit der Corona-Pandemie auf einem stabilen Expansionspfad. Die Wirtschaftsleistung stieg im Zeitraum zwischen 2020 und 2024 durchschnittlich um 2,4 % pro Jahr. Die Zunahme lag damit über dem

Trendwachstum. Die konjunkturelle Entwicklung wird durch die Unsicherheit über die Handelspolitik überschattet. Im ersten Quartal 2025 wurde das BIP durch Vorzieheffekte infolge von Zollanhebungen beeinflusst und sank um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal. Seit Beginn des Jahres 2025 lag die Arbeitslosenquote im Durchschnitt bei 4,2 %, was nahe an bzw. tendenziell unter Schätzungen der natürlichen Arbeitslosenquote liegt und auf einen angespannten Arbeitsmarkt hinweist.

Die US-Wirtschaftspolitik wird durch die protektionistische Handelspolitik dominiert. Zu den weitreichendsten Maßnahmen zählen Zölle auf Güter aus Kanada und Mexiko und der Handelskrieg gegen China. Ein Abkommen mit China führte zuletzt zu einer starken Zollreduktion auf 51,1 % seitens der USA bzw. 32,6 % seitens Chinas (Peterson Institute for International Economics). Generell sind seit April universelle US-Zölle in Höhe von 10 % in Kraft. Zusätzlich wurden Zölle von 25 % auf Kfz und Fahrzeugteile sowie 50 % auf Stahl und Aluminium auferlegt, welche besonders die EU hart treffen. Eine Drohung über 30 %-Zölle für Importe aus der EU ab 1. August 2025 steht im Raum. Die erratische Handelspolitik führte zu einer Eintrübung des Geschäftsklimas und der Konsumentenstimmung und zu einem Anstieg der Inflationserwartungen unter Unternehmen und Haushalten. Fiskalpolitisch sollte der Tax Cuts and Jobs Act der ersten Trump-Regierung aus dem Jahr 2017 in Kraft bleiben bzw. sogar ausgeweitet werden. Das Budgetdefizit dürfte laut Congressional Budget Office (CBO) auf einem hohen Niveau von um 6 % bleiben. Die Staatsschuldenquote dürfte folglich innerhalb der nächsten 10 Jahre von bereits über 120 % des BIP auf über 130 % des BIP ansteigen. Zu den Aufgaben des neuen Department of Government Efficiency (DOGE) zählen Bürokratieabbau und Ausgabeneinsparungen.

Die Inflationsrate hatte zu Jahresbeginn eine sinkende Tendenz, blieb aber über dem Inflationsziel der Notenbank Fed. Trotz sinkender Inflation beließ die Notenbank das Zielband für die Leitzinsen seit Dezember 2024 unverändert zwischen 4,25 % und 4,50 %. Sie reduziert weiterhin ihre Bestände an Staats- und Hypothekendarlehen. Die Risiken sowohl für das Beschäftigungs- als auch das Inflationsziel werden als erhöht eingestuft. Der Offenmarktausschuss erwartete zwar im Juni eine höhere Inflation als im März, sie sollte aber im Zeitablauf zurückgehen. Damit könnte eine graduelle Lockerung der Geldpolitik einhergehen. Die Wachstumserwartungen wurden ebenfalls zurückgenommen. Auch der geldpolitische Kurs bleibt von der Handelspolitik beeinflusst. Das langfristige Niveau des Leitzinssatzes sahen die Mitglieder des Offenmarktausschusses im Juni bei 3,0 %. Schätzungen des potenziellen jährlichen Wachstums der totalen Faktorproduktivität und der Arbeitsstunden liegen im Prognosezeitraum im Durchschnitt bei 1,1 % bzw. 0,9 % (CBO). Das IHS geht davon aus, dass sich eine Expansion der Wirtschaft fortsetzt, allerdings ist die Entwicklung mit

Unsicherheit infolge der erratischen Handelspolitik behaftet. Es wird ein durchschnittliches BIP-Wachstum zwischen 2025 und 2029 von 1,8 % erwartet.

In **Japan** ist die Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 0,2 % gewachsen. Nach dem Rückgang im Jahr 2020 erholte sich die Wirtschaftsleistung in den folgenden Jahren. Nach einer robusten Expansion im Jahr 2023 schwächte sich die Zunahme der Wirtschaftsleistung im Jahr 2024 auf 0,2 % ab. Eine nachhaltige wirtschaftliche Dynamik im Prognosezeitraum wird durch den seit 2010 stark rückläufigen Bevölkerungsstand erheblich erschwert. Japan verfügt über die zweitälteste Bevölkerung weltweit, und angesichts anhaltend niedriger Geburtenraten ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen.

Im Prognosezeitraum wird das BIP voraussichtlich um durchschnittlich 0,7 % pro Jahr wachsen. Der anhaltende Arbeitskräftemangel dürfte mittelfristig zu einem Aufwärtsdruck auf die Reallöhne führen. Gleichzeitig tragen staatliche Maßnahmen zur Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen zu einer Ausweitung des Arbeitskräfteangebots bei. Beide Entwicklungen wirken unterstützend auf den privaten Konsum. Die staatlichen Förderungen für Digitalisierung, Dekarbonisierung, private Investitionen in saubere Industrien sowie technologiegetriebene Produktivitätsimpulse stärken ebenfalls das BIP-Wachstum. Die expansive Finanz- und Geldpolitik dürfte weiterhin zur Ankurbelung der Binnennachfrage beitragen. Im Jänner 2025 erhöhte die Bank of Japan den Leitzins auf 0,5 %. Weitere Zinsschritte werden voraussichtlich im Verlauf des nächsten Jahres folgen. Das weiterhin niedrige Zinsniveau unterstützt die Investitionstätigkeit und trägt zugleich dazu bei, die Belastungen aus der hohen Staatsverschuldung zu begrenzen. Zwar weist Japan im internationalen Vergleich die höchste Schuldenquote in Relation zum BIP auf, doch wird das Risiko für die fiskalische Stabilität dadurch relativiert, dass der Großteil der Verbindlichkeiten in Yen denominiert ist und überwiegend von inländischen Institutionen gehalten wird.

Mit der rund 10-prozentigen Aufstockung des Verteidigungsetats ab April 2025 ist ein weiterer konjunktureller Stimulus zu erwarten. Um diese Ausgaben zu finanzieren, wird jedoch die Körperschaftsteuer erhöht. Dämpfend auf die wirtschaftliche Dynamik wirken sowohl die anhaltend hohe globale Unsicherheit, die zu einer Investitionszurückhaltung der Unternehmen führt, als auch die von den USA, einem der wichtigsten Handelspartner Japans, verhängten Zölle auf japanische Importe. Höhere Zölle auf Waren (z. B. Kfz, Elektronik) verteuern die japanischen Produkte auf dem US-Markt und führen aufgrund geringerer Wettbewerbsfähigkeit zu einem Rückgang der japanischen Exporte. Betroffen sind vor allem Automobilhersteller (Toyota, Honda, Nissan) sowie Maschinen- und Elektronikexporte. Dies könnte zu einer Verlagerung von Produktionskapazitäten aus Japan in kostengünstigere Drittländer wie Vietnam führen. Laut verschiedenen Modellsimulationen würde der BIP-Effekt von

reziproken Zöllen im Ausmaß von 25 % zwischen –0,3 % (Japan Research Institute) und –0,6 % (Nomura Research Institute) betragen.

Die Wirtschaft der **Volksrepublik China** ist in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 4,9 % gewachsen. Nach der pandemiebedingten Schwächephase im Jahr 2020 erholte sich das BIP im Jahr 2021, wobei die chinesische Wirtschaft vom globalen Aufschwung in der Industrie besonders stark profitierte. Im Jahr 2022 wurde das Wirtschaftswachstum jedoch durch die Verschärfung der Coronapandemie, eine nachlassende Dynamik in der Industrieproduktion und ungelöste Probleme im Immobiliensektor gebremst. In den letzten zwei Jahren strebte China eine Transformation seines Wirtschaftsmodells von einer export- und investitionsgetriebenen Wirtschaft hin zu einer stärker konsumgetriebenen Wirtschaft an. Infolgedessen verlangsamte sich das Investitionswachstum spürbar, da insbesondere die anhaltende Immobilienkrise die Bautätigkeit im Wohnungsneubau stark belastete. Im Jahr 2024 verzeichnete die chinesische Wirtschaft einen kräftigen Schub im Export- und Industriesektor, ausgelöst durch vorgezogene Produktionsaktivitäten im Vorgriff auf mögliche neue US-Zölle.

Das BIP-Wachstum dürfte sich im Zeitraum 2025 bis 2029 verlangsamen und durchschnittlich 3,6 % betragen. Die chinesische Wirtschaft sieht sich mit strukturellen Problemen konfrontiert – insbesondere Überkapazitäten, sinkende industrielle Rentabilität und eine abnehmende Dynamik der Produktivitätsentwicklung. Staatliche Interventionen führen dabei häufig zur Aufrechterhaltung nicht wettbewerbsfähiger Unternehmen durch gezielte Finanzhilfen. Weitere strukturelle Belastungsfaktoren umfassen die schrumpfende Erwerbsbevölkerung, Umweltbelastungen, systemische Risiken im Immobilienmarkt sowie eine wachsende Verschuldung der Unternehmen und Kommunen, deren reale Belastung sich im deflationären Umfeld kontinuierlich erhöht.

Die höheren US-Zölle auf chinesische Exporte in die USA belasten den bilateralen Außenhandel und veranlassen zahlreiche Unternehmen dazu, Lieferströme verstärkt nach Europa und Asien umzulenken oder Produktionskapazitäten ins Ausland zu verlagern. In zahlreichen Branchen produziert China deutlich über den Eigenbedarf hinaus und exportiert die resultierenden Überschüsse zu Niedrigpreisen auf den Weltmarkt, was zu Verzerrungen im internationalen Wettbewerb führt. Geopolitische Spannungen mit westlichen Staaten erschweren technologische Innovationen und den Zugang zu Schlüsseltechnologien. Hoch verschuldete Immobilienunternehmen stellen ein potenzielles Risiko für die makroökonomische Stabilität dar. Trotz Konsum- und Investitionsimpulsen bleibt die Inlandsnachfrage schwach.

Um das Wirtschaftswachstum zu stützen, hat die chinesische Regierung ein umfangreiches Konjunkturpaket auf den Weg gebracht. Es umfasst sowohl geld- als auch fiskalpolitische Maßnahmen: Die Zentralbank senkte Leitzinsen und Mindestreservesätze, um die Kreditvergabe zu erleichtern und die Liquidität im Markt zu erhöhen. Lokale Regierungen erhalten zusätzliche Mittel für Infrastrukturprojekte, während gezielte Maßnahmen zur Stabilisierung des Immobiliensektors wie niedrigere Hypothekenzinsen und Förderprogramme für erschwinglichen Wohnraum greifen sollen. Zur Ankurbelung des Konsums wurden Subventionen für Autos, Haushaltsgeräte und digitale Produkte eingeführt. Investitionen in Zukunftsbranchen wie Halbleiter, erneuerbare Energien und E-Mobilität werden staatlich unterstützt. Insgesamt verfolgt China damit das Ziel, das BIP-Wachstum bei rund 5 % zu stabilisieren und strukturellen Risiken wie schwacher Inlandsnachfrage, Immobilienkrise und geopolitischen Spannungen entgegenzuwirken.

Die Wirtschaftsleistung **Deutschlands** ist im Durchschnitt des Zeitraums 2020 bis 2024 marginal um 0,1 % pro Jahr gestiegen. Die vergangenen fünf Jahre waren zunächst von der Coronapandemie und ab 2022 vom russischen Überfall auf die Ukraine und der nachfolgenden Energiepreiskrise gekennzeichnet. Als Reaktion auf den sprunghaften Anstieg der Inflation beendete die EZB die jahrelange Nullzinspolitik, was zusätzlich zur Konjunkturschwäche sowie den geopolitischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten die Investitionen belastete. Hinzu kommt, dass sich die deutsche Industrie bereits seit 2019 in einer strukturellen Krise befindet. Sie hat an preislicher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt und sieht sich zunehmendem Wettbewerb durch chinesische Hersteller ausgesetzt, die technologisch aufgeholt haben. Diese Faktoren dürften maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Zeitraum 2020 bis 2024 durchschnittlich um rund 2 % pro Jahr gesunken sind. Die Bauinvestitionen sanken in der gleichen Größenordnung. Die Exporte stagnierten im Durchschnitt, während die Importe um rund 1 % pro Jahr ausgeweitet wurden. Auch der private Konsum stagnierte im Durchschnitt des zurückliegenden Fünfjahreszeitraums, sodass nur vom öffentlichen Konsum, der um 2,3 % pro Jahr zulegen konnte, nennenswerte Wachstumsbeiträge kamen.

Die Wachstumsschwäche hat den Arbeitsmarkt erreicht. Über den vergangenen Fünfjahreszeitraum stieg die saisonbereinigte Arbeitslosenquote von 5,0 % im Dezember 2019 auf 6,1 % im Dezember 2024. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im selben Zeitraum um 1,4 %. Bis Juni 2025 nahm die Arbeitslosenquote weiter auf 6,3 % zu. Die Inflation erreichte, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex, im Durchschnitt des Zeitraums 2020 bis 2024 mit 4,1 % einen für Deutschland ungewöhnlich hohen Wert. Dabei schwankte die Inflation auf Jahressicht vom coronabedingten Tiefstwert von 0,4 % im Jahr 2020 bis zum Höchststand von 8,7 %

im Jahr 2022 während der Energiepreiskrise. Besonders hoch war die Volatilität bei der Energiepreiskomponente, die im Jahresdurchschnitt 2020 um 4,5 % zurückging, aber im Jahr 2022 um 34,7 % zunahm. Mit der Entspannung bei den Energiepreisen hat inzwischen auch die Gesamtinflation wieder abgenommen. Ende 2024 belief sie sich auf 2,8 %, im Juni 2025 auf 2,0 %.

Mittelfristig wird das Wirtschaftswachstum in Deutschland durch die abnehmende Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter begrenzt. Die Beschäftigung wird aufgrund der schwachen Entwicklung der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter nur noch wenig zunehmen. Die demografische Entwicklung bremst auch den privaten Konsum und die Investitionen. So wird die Lohnsumme voraussichtlich nur noch verhalten expandieren, und mit nur wenig steigender Beschäftigung dürfte auch der Kapitalstock nur mäßig ausgeweitet werden. Von der Finanzpolitik wird das Wachstum in den kommenden Jahren gestützt, denn es sind umfangreiche zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für die Verteidigung geplant. Auf der anderen Seite führt die europaweit expansivere Finanzpolitik zu steigenden Zinsen, was die Expansion der Investitionen bremst. Die Exporte werden bei einem lediglich moderat zunehmenden Welthandel und wegen des Verlusts an Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie wohl nur eine verhaltene Dynamik entfalten. Alles in allem schätzt das IHS, dass das Bruttoinlandsprodukt bis 2029 um 0,8 % pro Jahr steigt.

**Italien** befand sich vor der Coronakrise auf einem moderaten, durch geringes Produktivitätswachstum geprägten Wachstumspfad. Im Zeitraum 2020 bis 2024 betrug das Wirtschaftswachstum im Durchschnitt 1,1 %. Der Aufschwung nach der Coronakrise verlief für die schwer durch die Pandemie getroffene Volkswirtschaft zunächst dynamisch, schwächte sich aber in den vergangenen beiden Jahren ab. Im ersten Quartal 2025 setzte die italienische Wirtschaft mit einem BIP-Anstieg um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal eine leichte Expansion fort. Die Beschäftigung erreichte in den letzten Jahren Rekordniveaus. Im April wurden 24 Millionen Beschäftigte registriert. Die Arbeitslosenquote lag mit 5,9 % auf einem historisch niedrigen Niveau, nachdem sie im vergangenen Jahr im Durchschnitt bei 6,6 % gelegen hatte. Ein wichtiger Wachstumstreiber blieb der Fremdenverkehr. Die Nächtigungen ausländischer Gäste übertreffen mittlerweile die Rekordstände aus dem Vorkrisenjahr 2019.

Das Auslaufen der Steuergutschriften für die energetische Sanierung von Wohngebäuden („Superbonus“) sowie weiterer Maßnahmen zum Ausgleich der Energiepreiserhöhungen haben die öffentlichen Haushalte im vergangenen Jahr entlastet. Das Budgetdefizit dürfte im laufenden Jahr auf 3,3 % zurückgehen. Die Staatschuldenquote lag im Jahr 2024 mit 135,3 % deutlich über der Maastricht-Grenze von 60 %. Im Jahr 2024 wurde ein EU-Defizitverfahren eingeleitet und ein mittelfristiger Budgetanpassungspfad wurde unter den neuen EU-Fiskalregeln etabliert. Die Risikoaufschläge

auf italienische Staatsanleihen lagen bislang aber unter den Höchstständen vergangener Krisen. Gegenwärtig werden von der Europäischen Kommission keine weiteren Maßnahmen vorgeschrieben, da das Budgetdefizit im Jahr 2026 voraussichtlich unter 3 % fallen wird. Es spielt aber nicht nur die Budgetkonsolidierung eine wichtige Rolle, sondern auch Strukturreformen und Investitionen. So fordert die EU-Kommission Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und zur Ökologisierung des Steuersystems. Von der weiteren Umsetzung der Maßnahmen des nationalen Wiederaufbauplans wird auch das langfristige Wachstum abhängen. Mit dem Wiederaufbauplan sind Investitionen verbunden, die durch „Next Generation EU“-Mittel finanziert werden, wovon 122 Mrd. Euro abgerufen wurden. Für den Zeitraum von 2025 bis 2029 geht das Institut von einem durchschnittlichem jährlichen BIP-Wachstum von 0,9 % aus.

**Frankreichs** Wirtschaftswachstum betrug im Zeitraum 2020 bis 2024 im Durchschnitt 0,8 % pro Jahr. Vor dem Ausbruch der Coronakrise stieg das BIP im Durchschnitt um 1,5 % pro Jahr (2015–2019) und damit etwa so stark wie das Potenzial. Im letzten Jahr hat die Konjunktur mit einem BIP-Anstieg von 1,2 % zunehmend an Dynamik eingebüßt. Im ersten Quartal 2025 expandierte die Wirtschaft mit einem BIP-Anstieg um 0,1 % nur marginal gegenüber dem Vorquartal. Die Arbeitslosenquote fiel nach der Pandemie auf ein historisch niedriges Niveau und lag seit Beginn des Jahres im Durchschnitt bei 7,3 %. Sowohl die Beschäftigung als auch die geleisteten Arbeitsstunden wurden nach der Pandemie stark ausgeweitet und sind in den vergangenen fünf Jahren um rund 6 % gewachsen. Im Durchschnitt des Zeitraums 2020 bis 2024 stiegen die Verbraucherpreise jährlich um 2,8 %. Den Höchststand hatte die Inflationsrate im Februar 2023 bei 6,3 % erreicht, danach ging sie stetig zurück und lag zuletzt bei 0,7 % (Mai 2025).

Die Europäische Kommission hat unter den neuen Fiskalregeln ein Defizitverfahren eingeleitet. Im Jahr 2024 lag das Budgetdefizit bei 5,8 %. Das Budgetdefizit bleibt voraussichtlich auch im Jahr 2025 erhöht. Ein Teil der Budgetkonsolidierung soll durch Steuererhöhungen erreicht werden, unter anderem durch Abgaben auf hohe Einkommen und für Konzerne. Ein weiterer Teil soll aus Ausgabenkürzungen kommen, vor allem beim Staat, den Kommunen und der Sozialversicherung. Die Stimmung unter Haushalten und Unternehmen blieb zuletzt verhalten. Unternehmen beklagten vor allem die schwache Auftragslage und die hohe Unsicherheit aufgrund der Handelspolitik der USA. Das IHS geht im laufenden und im kommenden Jahr mit BIP-Wachstumsraten von 0,7 % und 1,2 % von einer weiterhin verhaltenen Expansion aus. Mittelfristig sollten angebotsseitige Maßnahmen im Rahmen des Wiederaufbauplans, welcher sich auf ein Volumen von 100 Mrd. Euro beläuft (davon 40 Mrd. Euro von der EU finanziert), einen positiven Effekt auf das Potenzialwachstum entfalten.

Im gesamten Prognosezeitraum wird ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 1,2 % pro Jahr erwartet.

Trotz widriger globaler Rahmenbedingungen setzte sich der langfristige Aufholprozess gegenüber dem EU-Durchschnitt in den nicht dem Euroraum angehörenden **mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union** (NMS-5) im Zeitraum 2020 bis 2024 fort. Das durchschnittliche jährliche BIP-Wachstum in dieser Ländergruppe übertraf das der alten EU-Mitgliedstaaten, wenngleich die Wachstumsdifferenz zuletzt geringer ausfiel. Nach einem BIP-Anstieg um 1,9 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dürfte sich das Wirtschaftswachstum in den NMS-5 beschleunigen und im Durchschnitt der Jahre 2025 bis 2029 2,7 % betragen. Damit ergibt sich ein Wachstumsdifferenzial von 1,4 Prozentpunkten gegenüber dem Euroraum, womit sich der Konvergenzprozess fortsetzt. Der Aufholprozess wird dabei durch kräftig steigende Löhne gestützt, die zu einer Annäherung des Lohnniveaus an den EU-Durchschnitt beitragen.

Nach dem pandemiebedingten Einbruch der Konjunktur im Jahr 2020, mit BIP-Rückgängen zwischen 2 % und 8 %, setzte im Jahr 2021 ein kräftiger Aufschwung ein, getrieben durch Nachholeffekte im privaten Konsum, eine expansive Fiskal- und Geldpolitik sowie den globalen Nachfrageboom. Im Jahr 2022 folgte jedoch eine Dämpfung des Wachstums durch den Angriffskrieg Russlands, Energiepreisschocks und eine steigende Inflation. Im Jahr 2023 kühlte sich das Wachstum ab und die Wirtschaftsleistung der NMS-5 erhöhte sich um nur 0,5 %. Eine schwache Inlandsnachfrage führte zu einer Rezession in Ungarn und Tschechien und nahezu einer Stagnation in Polen. Im Jahr 2024 erholte sich die Wirtschaft und das BIP erhöhte sich in den NMS-5 um 1,9 %. Die Inflationsraten gingen zurück, blieben aber über dem Vorkrisenniveau. Die Industrieproduktion stagnierte oder schrumpfte teilweise aufgrund schwacher Auslandsnachfrage. Stabile Arbeitsmärkte und steigende Reallöhne stützten hingegen den privaten Konsum.

Im Prognosezeitraum wird die gesamtwirtschaftliche Expansion vor allem durch eine robuste Konsumdynamik getragen, die durch den Rückgang der Inflationsrate sowie sinkende Zinssätze begünstigt werden sollte. Zusätzlich dürfte die Lockerung der Finanzierungsbedingungen, zusammen mit höheren Zuflüssen aus EU-Fonds und einer effizienteren Implementierung bestehender EU-Programme, zu einer Ausweitung der öffentlichen Investitionstätigkeit führen. Gleichzeitig wird das Exportwachstum am Anfang der Prognoseperiode durch Schwierigkeiten auf wichtigen Absatzmärkten gebremst, während die Importe infolge der steigenden Konsumausgaben und höheren Investitionstätigkeit deutlich zulegen dürften. Die US-Zölle dürften das BIP-Wachstum in Osteuropa dämpfen, vor allem durch Lieferketteneffekte in der Industrieproduktion, insbesondere im Automobilsektor. Zudem können

osteuropäische Produkte indirekt durch Spillover-Effekte beeinträchtigt werden – etwa durch europäische Gegenzölle oder durch einen Preisverfall, wenn chinesische Überproduktion infolge der US-Zölle verstärkt auf den europäischen Markt drängt. Überdies erzeugt die Zollpolitik Unsicherheit an den Märkten, was die Wechselkursvolatilität und Risikoprämien erhöht sowie die Investitionen beeinträchtigt.

Trotz eines moderaten Rückgangs verharrt die Inflationsrate auf einem im Vergleich zum Euroraum hohen Niveau. Die schrittweise Rücknahme staatlicher Preisstützungsmaßnahmen für Lebensmittel und Energie dürfte in den kommenden Monaten zu einem erneuten Inflationsimpuls führen. Zusätzlich trägt der kräftige Anstieg von Löhnen und Gehältern zu einem anhaltenden Aufwärtsdruck auf das Preisniveau bei. Die aktuellen Leitzinsen liegen deutlich über den erwarteten Inflationsraten, was zu einem erhöhten Realzinsniveau führt. Nach den raschen Zinssenkungen in Ungarn, Polen und Tschechien im letzten Jahr hat sich der geldpolitische Handlungsspielraum merklich verringert. Infolgedessen verfolgen die Zentralbanken nun einen abwartenden Kurs.

Nach dem krisenbedingten kräftigen Anstieg der Haushaltsdefizite und Schuldenquoten dürfte die Fiskalpolitik in den nächsten Jahren in allen Ländern der Region gestrafft werden. Gegen Rumänien, Ungarn, Polen und die Slowakei sind derzeit Verfahren wegen eines übermäßigen Haushaltsdefizits gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt anhängig. Die Regierungen kündigten Pläne zur Haushaltskonsolidierung mit Maßnahmen sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite an. Die Schuldenquote ist von Land zu Land unterschiedlich hoch. Im Jahr 2024 betrug die öffentliche Verschuldung in Ungarn und Slowenien jeweils über 60 % des BIP, in Bulgarien hingegen knapp ein Viertel und in Tschechien weniger als 45 %. Während die Schuldenquote in vielen Ländern anstieg, verzeichnete Kroatien einen deutlichen Rückgang – von 86,5 % des BIP im Jahr 2020 auf 57,6 % im Jahr 2024.

Jüngste geopolitische Entwicklungen und die dringende Notwendigkeit, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, dürften das Ausmaß der Haushaltskonsolidierung jedoch verringern. Die Investitionen in die Verteidigung werden wohl stark in den NATO-Mitgliedsländern in Mittel- und Osteuropa zunehmen. Polen erhöht seine Verteidigungsausgaben erheblich: Nach 4,1 % des BIP im Jahr 2024 sollen sie 2025 auf 4,7 % und bis 2026 auf 5 % steigen. Das budgetierte Verteidigungsvolumen beträgt für das Jahr 2025 etwa 45 Mrd. Euro. Nennenswerte Investitionen in die Verteidigung sind ebenfalls von Rumänien, Tschechien, Ungarn, Kroatien und Bulgarien für den Prognosezeitraum geplant.

Die meisten mittel- und osteuropäischen Staaten haben auf den zunehmenden Arbeitskräftemangel und den beschleunigten Lohnanstieg mit einer gezielten

Liberalisierung ihrer Zuwanderungspolitik reagiert. Infolgedessen sind bereits mehrere Hunderttausend ausländische Arbeitskräfte – vornehmlich aus Südostasien – in arbeitsintensiven Sektoren wie Landwirtschaft, Bauwesen, Gastgewerbe und privaten Haushalten tätig.

Die Automobilindustrie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in Mittel- und Osteuropa, der sich derzeit im Umbruch befindet. Die Umstellung auf Elektromobilität, Digitalisierung und automatisiertes Fahren führt zu tiefgreifenden Veränderungen und stellt Herausforderungen für die Arbeitsmärkte dar. Verbesserte Lieferketten und neue Produktionskapazitäten für BYD in Ungarn und Vodafone Car-Produktion in der Slowakei sowie eine Expansion der Automobilzulieferer in Tschechien, Polen, Ungarn, Rumänien und die Slowakei unterstützen das Wachstum der Branche.

Die Verringerung der Abhängigkeit von russischen Brennstoffen, die Beschleunigung grüner Investitionen und die Diversifizierung der Energieversorgung sind mittelfristige Herausforderungen für die osteuropäischen Länder. Die Energieintensität des BIP hat in diesen Ländern in den letzten fünf Jahren kontinuierlich abgenommen, bleibt jedoch in vielen Ländern, darunter Polen und Tschechien, hoch. Rumänien hingegen hat die drittniedrigste Energieintensität des BIP in der EU.

Bulgarien erfüllt sämtliche Maastricht-Kriterien und wird am 1. Jänner 2026 als 21. Mitgliedstaat dem Euroraum beitreten. Die vollständige Währungsintegration Bulgariens beseitigt Wechselkursrisiken, reduziert Transaktionskosten im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr und erleichtert die wirtschaftliche Verflechtung mit dem übrigen Euroraum. Zudem stärkt die Mitgliedschaft im Eurosystem das institutionelle Rahmenwerk Bulgariens und erhöht die makroökonomische Stabilität. Überdies sind positive Impulse für das Investitionsklima und das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu erwarten.

**Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen**  
*Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent*

	2020–2024	2025–2029
BIP, real		
Deutschland	0,1	0,8
Italien	1,1	0,9
Frankreich	0,8	1,2
Vereinigtes Königreich	0,7	1,3
Schweiz	1,7	1,5
USA	2,4	1,8
Japan	0,2	0,7
China	4,9	3,6
Polen	2,6	3,0
Slowakei	1,5	2,1
Tschechien	0,4	2,3
Ungarn	1,3	2,3
Slowenien	2,1	2,0
MOEL-5 <sup>i</sup>	1,9	2,6
Bulgarien	2,6	2,6
Rumänien	1,8	2,4
Kroatien	3,5	2,7
Euroraum	1,0	1,3
NMS-5 <sup>ii</sup>	1,9	2,7
EU-27	1,1	1,4
OECD	1,7	1,6
Welt	2,7	2,9
Welthandel (Waren laut CPB)	1,6	1,9
Österreichische Exportmärkte	1,9	2,1
USD/EUR-Wechselkurs <sup>iii</sup>	1,11	1,14
Rohölpreis <sup>iii</sup>	75,5	66,7

<sup>i</sup>MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

<sup>ii</sup>NMS-5: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien

<sup>iii</sup>absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, LSEG Datastream, ab 2025 Prognose des IHS

## 4 Perspektiven der österreichischen Wirtschaft

### 4.1 Außenwirtschaft

Die österreichische Außenwirtschaft hat sich nach der Coronapandemie rasch erholt. Die Warenexporte entwickelten sich zunächst sehr dynamisch, verzeichneten allerdings im vergangenen Jahr einen starken Einbruch. Die mittelfristige Entwicklung wird durch die US-Handelspolitik und die damit verbundene Unsicherheit überschattet. Der Reiseverkehr bildet nach den herben Einbußen während der Pandemie mittlerweile wieder eine tragende Säule der Außenwirtschaft.

Im Zeitraum 2020 bis 2024 betrug das Wachstum der realen Warenexporte im Durchschnitt 0,7 % pro Jahr. Nach der kräftigen Erholung in den Jahren 2021 und 2022 hat sich die Dynamik zunächst abgeschwächt. Im vergangenen Jahr kam es zu einem Einbruch der Warenexporte. Die Einschätzung der Exportauftragsbestände in der Sachgüterindustrie hat sich massiv eingetrübt und gegen Ende des letzten Jahres den Tiefststand erreicht, von dem sich die Einschätzungen nur langsam erholen. Das IHS geht von einem Rückgang der realen Warenexporte von 0,8 % im laufenden Jahr aus. Im Jahr 2026 dürften sie um 1,5 % steigen. Für den Zeitraum 2025 bis 2029 wird ein jährliches Wachstum der realen Warenexporte von 1,3 % erwartet. Damit bleibt die Entwicklung der Warenexporte, etwa wegen der schwächeren Entwicklung der Exportmärkte, aber auch aufgrund der vorangegangenen Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, hinter der durchschnittlichen Wachstumsdynamik seit dem Jahr 2000 zurück.

Die Nächtigungen ausländischer Gäste lagen im vergangenen Jahr mit 114,0 Millionen um 1,1 % über dem bisherigen Rekordniveau aus dem Jahr 2019. Demgegenüber lagen die Reiseverkehrsexporte im vergangenen Jahr real noch um rund 5 % unter dem Wert von 2019. Während die Warenexporte das Vorkrisenniveau bereits im Jahr 2021 wieder erreicht haben, dürfte es bei den Reiseverkehrsexporten erst im Jahr 2027 soweit sein. Der Vergleich zwischen den realen Reiseverkehrsexporten auf der einen Seite und den Ankünften und Nächtigungen auf der anderen Seite gibt einen Hinweis darauf, dass die ausländischen Gäste ihre Präferenz für den Urlaub in Österreich beibehielten, aber im Durchschnitt ihren realen Konsum einschränken. Für die Reiseverkehrsexporte wird für die Jahre 2025 bis 2029 ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg von 1,8 % prognostiziert.

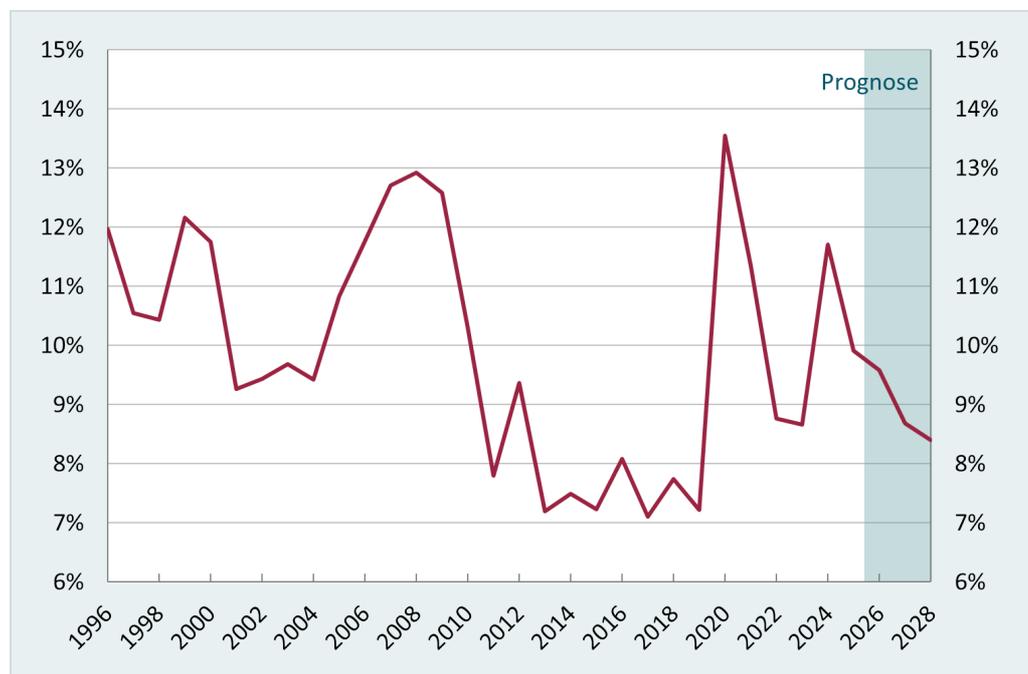
Im Jahr 2024 wurde laut Außenhandelsstatistik ein Handelsbilanzüberschuss von 1,7 Mrd. Euro erzielt. Der Wert der Warenimporte fiel stärker als jener der Warenexporte, was sowohl auf die schwache Inlandsnachfrage als auch auf leicht sinkende

Preise der importierten Waren zurückzuführen war. Für das Jahr 2025 wird ein Anstieg der Warenimporte um 0,1 % erwartet. Eine Erholung setzt im Einklang mit der heimischen Konjunktur voraussichtlich im Laufe des Jahres ein. Für das Jahr 2026 wird ein Anstieg der Warenimporte um 1,5 % erwartet. Für den Prognosezeitraum erwartet das IHS ein durchschnittliches Wachstum der Warenimporte von 1,7 % pro Jahr.

## 4.2 Privater Konsum

Im Prognosezeitraum wachsen die real verfügbaren Einkommen der Haushalte im jährlichen Mittel um 0,2 %. Das ist eine sehr bescheidene Wachstumsrate. Im laufenden Jahr, das als erstes Prognosejahr zählt, schrumpfen die Realeinkommen sogar, in den folgenden vier Jahren bleiben die jährlichen Zuwächse unter 1 % und damit unter ihrem langfristigen Median. Die mittlere jährliche Wachstumsrate für den realen Konsum der privaten Haushalte übertrifft mit 1,0 % die Dynamik der Einkommen deutlich. Die Polster an Geldvermögen, die noch während der Pandemie und in der späteren Episode der Konsumzurückhaltung angesammelt wurden, werden nun zumindest teilweise in Anschaffungen umgesetzt.

**Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte**



Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Nach den Rekordwerten während der Pandemie stieg die **Sparquote der Haushalte** im Jahr 2024 durch die persistente Konsumzurückhaltung der österreichischen

Haushalte neuerlich stark an und erreichte wieder den zweistelligen Bereich. Im Prognosezeitraum fällt sie kontinuierlich und kommt schließlich im Jahr 2029 auf einem Wert von 8,4 % zu liegen. Der Mittelwert über die Jahre 2025 bis 2029 liegt bei 9,0 %. Abbildung 9 zeigt die Entwicklung der Haushaltssparquote seit 1996, wobei es sich bei den letzten fünf Werten um Prognosen handelt. Das langfristige Mittel dieser Kenngröße liegt bei 9,9 %. Die Abbildung zeigt, dass eher kurze Episoden mit zweistelligen Werten und längere Phasen mit Talsohlen unter 8 % abwechseln, sodass der in der Prognose dargestellte Zielwert plausibel erscheint. Die Talsohle des letzten Zyklus im Jahr 2017 betrug 7,1 %. Die beiden darauffolgenden Spitzen erklären sich durch die Sonderentwicklung des Jahres 2020 während der Pandemie, als das Konsumieren erheblichen Einschränkungen unterlag, und durch die Konsumflaute im Jahr 2024, als die österreichischen Haushalte zögerten, die noch während der verstärkten Inflation ausgehandelten kräftigen Lohnzuwächse in Konsum umzusetzen. In der Folge kommt es zu keinen größeren Verwerfungen, und die Haushalte steuern wieder das wahrscheinliche Sollniveau von gut 8 % an.

Mögliche Erklärungen für die dynamischen Muster der Haushaltssparquote und für die großen Unterschiede der Werte für diese Kenngröße im internationalen Vergleich waren öfters Gegenstand theoretischer wie empirischer Studien. Die ökonomische Theorie bietet zum Beispiel das Defizit oder die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und den Anteil der Personen im Ruhestand an der Gesamtbevölkerung als mögliche Einflussfaktoren an. Diese Kenngrößen sollten die Sparquote tendenziell erhöhen, die empirische Evidenz dafür ist aber mangelhaft. Hingegen gibt es starke Evidenz für das Ungleichgewichtssparen (disequilibrium saving), ein Konzept des Nobelpreisträgers Angus Deaton. Unerwartete Einkommenszuwächse ebenso wie steigende Arbeitslosigkeit oder Inflation veranlassen die Haushalte, größere Anschaffungen aufzuschieben, da sie über relative Preise oder über ihre eigenen Realeinkommen den Überblick verlieren und der wirtschaftlichen Gesamtsituation misstrauen. Dieser Effekt dürfte auch bei der überraschend flauen österreichischen Nachfrage des Jahres 2024 eine Rolle gespielt haben. Stark steigende Preise lassen die Haushalte selbst dann sparen, wenn sie durch höhere Löhne abgegolten werden.

Das kleinere Nachfrageaggregat **Eigenkonsum der Dienste ohne Erwerbscharakter** wächst im Prognosezeitraum mit 1,2 % pro Jahr, also etwas stärker als der Haushaltskonsum. Da dieses Aggregat nur einen geringen Anteil am Konsum hat, gilt die mittlere jährliche Wachstumsrate von 1,0 % unverändert auch für den gesamten **privaten Konsum**, der sich aus dem Eigenkonsum und dem Konsum der Haushalte zusammensetzt.

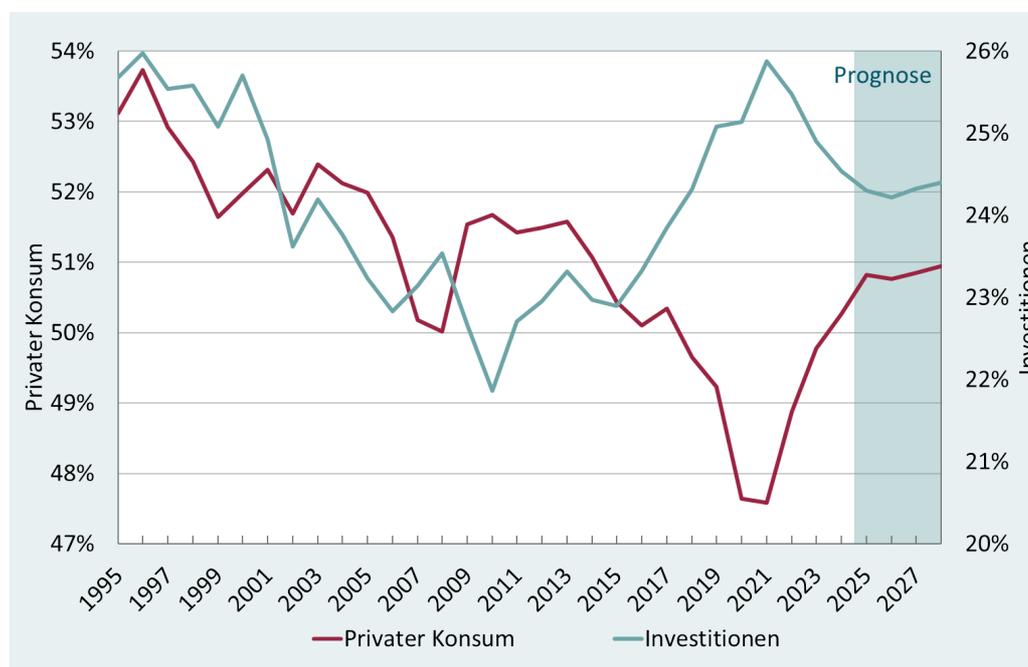
Eine fallende Haushalts-Sparquote bedeutet gleichzeitig einen steigenden Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen innerhalb des Haushaltssektors.

Abbildung 10 versucht demgegenüber, ein Gesamtbild für die längerfristige Dynamik des Anteils der Konsumnachfrage am gesamtwirtschaftlichen Output zu vermitteln. Dieser Anteil ist hier zum Vergleich gemeinsam mit dem Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt dargestellt. Sowohl Konsumquotient als auch Investitionsquotient werden zu laufenden Preisen, also nominell, gemessen. Diese Quotienten gehören historisch zu den sogenannten „großen Quotienten“<sup>1</sup> und werden häufig als möglicherweise langfristig konstante (stationäre) Kennzahlen einer Ökonomie angesehen. In Österreich zeigt der Konsumquotient einen tendenziellen Rückgang von rund 54 % vor der Jahrtausendwende auf unter 48 % im zweiten Pandemiejahr 2021. Seither ist er zunächst sprunghaft, dann allmählich gestiegen. Im Prognosezeitraum wird er in einer leicht steigenden Tendenz verharren. Ähnlich ist der Investitionsquotient bis zum Jahr 2010 tendenziell gefallen, anschließend jedoch wieder angestiegen und in der Pandemie kulminiert. Im Prognosezeitraum unterliegt er nach einem neuerlichen scharfen Rückgang einer leicht steigenden Tendenz. International ist die Evidenz bezüglich eines stationären Konsumquotienten nicht eindeutig. Der leichte Anstieg beider Quotienten im Prognosezeitraum spiegelt die gegenläufigen Bewegungen in den anderen Sektoren wider, vor allem im Außenhandel und im öffentlichen Sektor.

---

<sup>1</sup> Klein, L.R., Kosobud, R.F. (1961), Some Econometrics of Growth: Great Ratios of Economics, *The Quarterly Journal of Economics*, 75(2), S. 173-198; King, R.G., Plosser, C.I., Stock, J.H., Watson, M.W. (1991), Stochastic Trends and Economic Fluctuations, *American Economic Review*, 81, S. 819-840; Harvey, D.I., Leybourne, S.J., Newbold, P. (2003), How great are the great ratios? *Applied Economics* 35(2), S. 163-177, Chudik, A., Pesaran, M.H., Smith, R.P. (2023), Revisiting the great ratios hypothesis, *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 85(5), S. 1023-1047.

**Abbildung 10: Konsum der privaten Haushalte und Bruttoanlageinvestitionen als Anteil am BIP**



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2025 Prognose des IHS

### 4.3 Investitionen

Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen) wurden im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 1,0 % pro Jahr ausgeweitet. Die Entwicklung stand unter dem Einfluss der Coronapandemie und des Verlusts an preislicher Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie infolge der kräftigen Energie- und Lohnkostenanstiege. Da zudem die Kapazitätsauslastung in der Industrie niedrig und die Unsicherheit hoch ist, stiegen die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2024 nur um 0,5 %. Zu der schwachen Investitionstätigkeit dürften auch die ungünstigen Finanzierungsbedingungen beigetragen haben. Mit der Zinswende der EZB stiegen die Zinsen in den Jahren 2022 und 2023 kräftig, und die Banken verschärfen die Kreditkonditionen, nicht zuletzt, um steigenden Kreditausfallrisiken im schwierigen konjunkturellen Umfeld zu begegnen. Im zurückliegenden Fünfjahreszeitraum wurden die Investitionen in Computerhardware um 2,0 %, die Investitionen in „andere Maschinen und Ausrüstungen“ um 1,2 % und die Investitionen in geistiges Eigentum um 2,2 % pro Jahr ausgeweitet. Die übrigen Investitionsgüterkategorien verzeichneten Rückgänge über den Fünfjahreszeitraum. Dabei sanken die Anschaffungen von Fahrzeugen um 3,4 % pro Jahr und die Käufe von Telekommunikationsausrüstungsgütern um 5,9 %.

Im Prognosezeitraum werden die Ausrüstungsinvestitionen zunächst schwach bleiben und im Jahr 2025 noch leicht sinken. Die Finanzierungskosten werden zwar mit der im Herbst 2024 eingeleiteten geldpolitischen Lockerung sinken, aber wohl nur langsam. Zudem ist die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung niedrig (Abbildung 8 in Kapitel 2). Allmählich dürfte sich aber die Auslandsnachfrage beleben, womit auch die Kapazitätsauslastung zunehmen dürfte. Die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie dürfte aber auch in den kommenden Jahren die Investitionen bremsen, ebenso wie die nach wie vor hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit. Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Zeitraum 2025 bis 2029 durchschnittlich um 1,1 % pro Jahr und damit über den gesamten Fünfjahreszeitraum betrachtet mit der gleichen geringen Dynamik wie in den vergangenen fünf Jahren steigen.

Der kräftige Anstieg der Rohstoffpreise in den Jahren 2022 und 2023 hat dazu geführt, dass auch die Investitionsgüterpreise stark angezogen haben und der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen in diesen beiden Jahren um 5,2 % bzw. 6,3 % gestiegen ist. Auch im vergangenen Jahr war der Anstieg mit 3,3 % noch deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. So betrug der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt der zehn Jahre vor der Coronapandemie 1,1 % pro Jahr. Der Höhepunkt der Inflationswelle wurde inzwischen überschritten, auch bei den Rohstoff- und Investitionsgüterpreisen. Daher dürfte sich der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen abschwächen und bis 2029 durchschnittlich 1,7 % pro Jahr betragen.

Die **realen Bauinvestitionen** waren in den vergangenen fünf Jahren sehr schwach. Im Zeitraum 2020 bis 2024 gingen die Wohnbauinvestitionen durchschnittlich um 3,3 % pro Jahr, die sonstigen Bauinvestitionen um 3,0 % pro Jahr zurück. Die deutlich verschlechterten Finanzierungskonditionen und der massive Anstieg der Baukosten ließen die Wohnbauinvestitionen in den Jahren 2023 und 2024 um knapp 12 % bzw. 7 % einbrechen. Die sonstigen Bauinvestitionen, in denen die Bauinvestitionen der Unternehmen und des Staates zusammengefasst sind, sanken mit Ausnahme des Jahres 2021 im gesamten zurückliegenden Fünfjahreszeitraum.

Im Prognosezeitraum dürften sich die Bauinvestitionen nur langsam erholen. Der Wohnbau leidet im laufenden Jahr noch unter der allgemeinen Konjunkturschwäche. Allerdings deuten die Baubewilligungen darauf hin, dass hier inzwischen die Talsohle erreicht wurde. Stützend wirkt die Entspannung bei den Finanzierungskosten, denn die zurückliegenden Leitzinssenkungen durch die EZB haben auch die Zinsen für Wohnbaukredite sinken lassen, und die Banken verschärfen ihre Angebotsbedingungen nicht weiter. Zudem hat sich der Anstieg der Baukosten deutlich abgeschwächt. Unterstützt werden die Wohnbauinvestitionen auch von der weiter steigenden

Wohnbevölkerung, dem Trend zu kleineren Familiengrößen und der Notwendigkeit, in die thermische Gebäudesanierung zu investieren.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften sich im Prognosezeitraum ähnlich wie die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln. Somit werden sie zunächst aufgrund der schwachen Konjunktur und der hohen Unsicherheit wenig Dynamik entfalten und erst im späteren Verlauf mehr Fahrt aufnehmen. Der Tiefbau profitiert von den Investitionen in das Schienen- und Straßennetz sowie vom Ausbau der Stromnetze und der digitalen Infrastruktur. Die Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften kommen allerdings durch die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unter Druck. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen bis 2029 im Durchschnitt um 0,9 % pro Jahr ausgeweitet werden.

Die Baupreise werden maßgeblich von den Kosten der Baumaterialien und deren Grundstoffen wie Eisen, Stahl und Erdöl beeinflusst. Außerdem spielen die Lohnkosten eine Rolle, wobei im Tiefbau der Einfluss der Materialkosten überwiegt, während in den personalintensiven Bereichen, etwa im Ausbaugewerbe, die Lohnkosten wichtiger sind. In den vergangenen fünf Jahren belief sich der Auftrieb der Baupreise auf 4,8 % pro Jahr. In den Bausparten war die Entwicklung sehr unterschiedlich. Während im Wohnbau die Preise um 7,2 % pro Jahr stiegen, belief sich der Preisauftrieb im Tiefbau nur auf 1,2 % pro Jahr. Der Deflator der Bauinvestitionen nahm um 6,0 % pro Jahr zu. Dabei war der Preisauftrieb in den Jahren 2022 mit 11,5 % und 2023 mit 7,1 % besonders hoch. Da die Preise für Baumaterialien und Energieträger inzwischen zu sinken begonnen haben, dürfte sich auch beim Deflator der Bauinvestitionen der Anstieg abflachen und im Durchschnitt des Prognosezeitraums 2,0 % pro Jahr erreichen.

Die gesamten realen Bruttoanlageinvestitionen, also die Summe aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, sind in den vergangenen fünf Jahren um 0,9 % pro Jahr gesunken. Die Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen impliziert für die Anlageinvestitionen bis 2029 eine Zunahme um 1,0 % pro Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen Bruttoinlandsprodukt, ist von ihrem im Jahr 2021 erreichten Höchstwert von 25,9 % bis 2024 auf 24,5 % gesunken. Bis 2026 dürfte sie noch weiter auf 24,2 % sinken und dann bis zum Ende des Prognosezeitraums leicht auf 24,4 % steigen. Die gesamten realen Bruttoinvestitionen, also die Summe aus Anlageinvestitionen und Lagerbestandsveränderungen, dürften im Prognosezeitraum um 1,8 % pro Jahr steigen, nach einem Rückgang um 1,9 % pro Jahr in den vergangenen fünf Jahren.

## 4.4 Öffentliche Haushalte

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum maßgeblich von der Budgetkonsolidierung beeinflusst. In den letzten Jahren war das Budget stark von staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen, Anti-Teuerungspaketen und strukturellen Ausgabensteigerungen geprägt. Entsprechend wurde das Maastricht-Kriterium für das Budgetdefizit von maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts in den letzten fünf Jahren nur im Jahr 2023 erfüllt. Im vergangenen Jahr betrug das Defizit 4,6 % des BIP. Das Sparpaket der Bundesregierung prägt das Doppelbudget 2025/26 maßgeblich. Das angestrebte Konsolidierungsvolumen beträgt im Jahr 2025 6,3 Mrd. Euro und im Folgejahr 8,7 Mrd. Euro. Die Konsolidierung ist zu circa einem Drittel einnahmenseitig (Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben) und zu zwei Dritteln ausgabenseitig (Abschaffung des Klimabonus und der Bildungskarenz sowie Kürzung von Förderungen) geplant. Zusätzliche Haushaltsmittel sollen insbesondere für die aktive Arbeitsmarktpolitik und den Bildungsbereich bereitgestellt werden. Für das laufende Jahr erwartet das IHS ein Defizit von 4,4 % des BIP. Im kommenden Jahr dürfte das Defizit auf 4,1 % zurückgehen. Unter der Annahme, dass die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen weiter umgesetzt werden, die Defizite von Ländern und Gemeinden reduziert werden und eine konjunkturelle Normallage eintritt, könnte das Defizit bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 3,2 % sinken. Diese mittelfristige Budgetprognose ist jedoch mit großer Unsicherheit behaftet. Vom eingeschlagenen Konsolidierungspfad darf nicht abgewichen werden. Unvorhergesehene gesamtwirtschaftliche Entwicklungen könnten auch zukünftig die Budgets belasten.

Die Einnahmenquote bleibt im Prognosezeitraum auf einem historisch hohen Wert. Die primär inflationsbedingt hohen Zuwächse auf der Einnahmenseite der vergangenen Jahre werden jedoch nicht mehr erreicht. Während die privaten Konsumausgaben allmählich wieder zunehmen, wirkt sich der rückläufige Preisauftrieb dämpfend auf die Steuerbasen aus. Sondereffekte und die Budgetkonsolidierung ermöglichen im Jahr 2025 ein höheres Wachstum der Einnahmen aus Konsum- und Verbrauchsteuern. Die Energieabgaben des Bundes, die Ökostrompauschale und der Ökostromförderbeitrag wurden wieder eingeführt. Zudem wurde die nationale CO<sub>2</sub>-Abgabe erhöht. Im Jahr 2027 wird diese Abgabe in das Europäische Emissionshandelssystem (ETS II) überführt. Dies führt im Einführungsjahr zu Mindereinnahmen, da die Einnahmen aus dem Zertifikatehandel gemäß ESVG erst im Folgejahr verbucht werden. Die Aussetzung des Ausgleichs des dritten Drittels der kalten Progression trägt ebenfalls zur Stabilisierung der Einnahmen bei, belastet jedoch den Faktor Arbeit.

Die Ausgaben des Staates stiegen im vergangenen Jahr kräftig. Besonders hoch waren die Mehrausgaben für die Bezüge der öffentlich Bediensteten und die monetären Sozialleistungen. Auch die strukturellen Mehrausgaben im Rahmen des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern für Bildung, Gesundheit und Pflege erhöhten die Ausgabenquote. Im laufenden Jahr wird das Sparpaket der Bundesregierung das Ausgabenwachstum bremsen. Mehrausgaben sind im Doppelbudget der Regierung jedoch in den Bereichen Bildung und aktive Arbeitsmarktpolitik vorgesehen. Eine mittelfristige Rückführung der Ausgabenquote kann jedoch nur erreicht werden, wenn die angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen konsequent umgesetzt werden. Neben der Bundesregierung müssen auch alle weiteren staatlichen Verwaltungsebenen stärkere Beiträge leisten. Dies fordert erhöhte Anstrengungen von den Ländern und Gemeinden, den Sozialversicherungen und den staatlichen Betrieben. Auch die Ausgaben für den öffentlichen Schuldendienst werden in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Höhere Marktzinsen und eine steigende Staatsverschuldung bedingen höhere Zinsausgaben. Alles in allem steigt die Ausgabenquote der öffentlichen Haushalte im Jahr 2025 noch einmal, bevor sie in den Folgejahren langsam zurückgeht.

Das IHS erwartet, dass die Schuldenquote im laufenden Jahr auf 84,0 % des BIP ansteigt und bis zum Ende des Prognosezeitraums auf knapp 90 % weiter steigt. Da die aktuelle Entwicklung der öffentlichen Haushalte im Widerspruch zu den europäischen Fiskalregeln steht, hat die Europäische Kommission ein Defizitverfahren eingeleitet, um die öffentlichen Finanzen wieder auf einen nachhaltigen Pfad zurückzuführen. Jedoch erfüllt das Ziel, das Defizit wieder unter die Schwelle von 3 % des BIP zu drücken, allenfalls die Mindestanforderungen einer stabilen Finanzpolitik. Es werden weder finanzpolitische Spielräume geschaffen, noch ist eine Rückführung der Schuldenquote zu erwarten, die somit innerhalb eines Jahrzehnts voraussichtlich um 20 Prozentpunkte ansteigen wird. Mittelfristig sind daher ambitioniertere Reformen erforderlich, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen und die finanzpolitische Handlungsfähigkeit in zukünftigen Krisen zu gewährleisten.

## 4.5 Löhne und Inflation

Die Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten sind im Jahr 2024 mit 8,3 % kräftig gestiegen. Da die Löhne zeitverzögert auf die Inflation reagieren, sich die Inflation aber bereits 2025 zurückbildete, konnte mit einem Reallohnplus von 5,1 % die Kaufkraftverluste aus den Vorjahren mehr als wettgemacht werden. Bereits im laufenden Jahr fallen die Zuwachsraten der Reallöhne wieder auf ein moderates Niveau von rund ½ Prozentpunkt zurück, wo sie laut Institutsprognose auch bis zum Prognosehorizont liegen werden. Damit entsprechen diese nahezu auch wieder dem durchschnittlichen jährlichen Wachstum der Arbeitsproduktivität.

Mit Ausbruch der Coronapandemie sank die Inflation (gemessen am Anstieg des VPI) im Jahr 2020 auf 1,4 %. Das abrupte Zusperrern sowie das unerwartet schnelle wieder Hochfahren wirtschaftlicher Aktivitäten brachten Angebot und Nachfrage aus der Balance. Schließungen etwa von Häfen brachten Lieferketten ins Stocken. Darüber hinaus drosselte Russland bereits im Jahr 2021 stark die Wiederbefüllung unter seiner Kontrolle stehender Gasspeicher, sodass die Inflation auf 2,8 % im Jahr 2021 zulegte. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine stiegen die Preise für Energie- und agrarische Rohstoffe stark an und hoben die Inflation auf 8,6 % im Jahr 2022. In weiterer Folge übertrug sich dieser Preisschock auf andere Bereiche des Warenkorbs, wodurch der Preisauftrieb an Breite gewann. Staatliche Transferleistungen zur Stützung der Kaufkraft, ein hoher Grad an indexierten Dienstleistungspreisen sowie Besonderheiten auf den österreichischen Energiemärkten (z. B. langfristige Einkaufsstrategien der Energieversorger, teuer eingekaufte Gasvorräte) verhinderten einen rascheren Rückgang des Preisauftriebs. Die Gesamtjahresinflationsrate ging daher im Jahr 2023 nur leicht auf 7,8 % zurück. Erst im Jahr 2024 bildete sich die Inflation merklich auf durchschnittlich 2,9 % zurück.

Mit dem Auslaufen der Stromkostenbremse und anderer temporärer Maßnahmen bei den Energieabgaben ist die Inflation zu Jahresbeginn 2025 über 3 % gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte die Inflationsrate 2,9 % betragen. Der vorherrschende disinflationäre Trend wird dadurch aber nur kurzzeitig unterbrochen. Mit dem Auslaufen der Basiseffekte der fiskalischen Maßnahmen im Energiebereich wird die Inflationsrate zu Jahresanfang 2026 um rund 1 Prozentpunkt fallen und dürfte im Jahresdurchschnitt 1,9 % betragen.

Mittelfristig ist mit Raten von etwas über 2 % zu rechnen, da zum einen der Umbau der Volkswirtschaften hin zu einem nachhaltigeren Wirtschaften im Prognosezeitraum noch nicht abgeschlossen sein wird und darüber hinaus davon ausgegangen werden muss, dass zum Beispiel mit der Häufung an Wetterextremen Ernteerträge reduziert und damit Knappheiten erzeugt werden. Mittelfristig geht das IHS daher von durchschnittlichen Inflationsraten von 2,2 % aus. Das Inflationsdifferenzial Österreichs zum Euroraumdurchschnitt von 1,0 Prozentpunkten im Jahr 2025 dürfte im kommenden Jahr nahezu abgebaut sein.

## 4.6 Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre war von der Konjunkturschwäche geprägt. Mit der kräftigen Erholungsphase nach der Coronapandemie erreichte die Arbeitslosenquote im Jahr 2022 mit 6,3 % ihren Tiefststand. Seither stieg die Arbeitslosenquote langsam, aber stetig, und dürfte im Jahresdurchschnitt 2025 7,5 %

betragen. Im Zuge der konjunkturellen Erholung und vor dem Hintergrund des demografisch bedingten langsamen Wachstums des Arbeitskräfteangebots sollte die Arbeitslosigkeit ab dem kommenden Jahr wieder zurückgehen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums dürfte die Arbeitslosenquote auf 6,2 % sinken. Die Beschäftigung dürfte um durchschnittlich 0,5 % pro Jahr zulegen. Mit dem Anziehen der Konjunktur und der demografischen Entwicklung wird das Thema Fachkräfteengpässe wieder an Bedeutung gewinnen.

Im Gegensatz zu früheren Rezessionen ist die Beschäftigung zwar nicht gesunken, stagniert aber in saisonbereinigter Betrachtung seit Jahresmitte 2023. Dabei entwickelte sich die Beschäftigung sektoral sehr unterschiedlich. Während aktuell die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion, am Bau, bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen und im Handel im Jahresvergleich abnimmt, expandiert sie noch im öffentlichen Sektor im weiteren Sinne. Mit der Rückkehr auf einen verhaltenen Wachstumspfad dürfte auch die Beschäftigung im privaten Bereich wieder steigen. Der demografisch bedingte Rückgang des Arbeitskräftepotenzials dürfte die Ausweitung der Beschäftigung im historischen Vergleich jedoch verlangsamen. Somit wird ein durchschnittlicher jährlicher Beschäftigungszuwachs von nur 0,5 % erwartet. Das IHS geht davon aus, dass die Ausländerbeschäftigung weiter kräftig expandiert und einheimische Beschäftigungspotenziale gehoben werden. Die stufenweise Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters der Frauen wirkt ebenfalls der Bevölkerungsalterung entgegen.

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen steigt seit Jahresbeginn 2023 und lag in der ersten Jahreshälfte 2025 um knapp 8 % über dem Vorjahresniveau. In den kommenden Monaten dürfte die Arbeitslosenzahl noch in unverändertem Tempo zunehmen. Zu Jahresbeginn 2026 sollte sich die Arbeitsmarktlage aufgrund der Konjunkturerholung aufhellen und die Arbeitslosenzahl im Jahresverlauf zu sinken beginnen. Folglich sollte der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit mit 320.000 Personen im laufenden Jahr verzeichnet werden. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Arbeitslosenzahl stetig zurückgehen und im Jahresdurchschnitt 2029 auf 270.000 Personen fallen. Das Arbeitskräfteangebot wird aufgrund der demografischen Alterung langsamer als im langjährigen Durchschnitt zulegen, die Steigerung der Erwerbsneigung, insbesondere bei Älteren und bei Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, sollte aber einen Rückgang verhindern. Im Einklang mit historischen Erfahrungen dürfte in den kommenden Jahren in Saldobetrachtung rund 1/4 des Beschäftigungszuwachses aus dem Arbeitslosenpool erfolgen.

Laut Prognose wird die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr 7,5 % betragen. Mit der stetigen Beschäftigungsausweitung dürfte bei dem nur verhalten steigenden Arbeitskräfteangebot die Arbeitslosenquote im Zeitverlauf abnehmen und am Ende des

Prognosezeitraums 6,2 % betragen. Ausgehend von 5,2 % im Vorjahr dürfte die Quote laut Eurostat-Definition mit 5,5 % ihren Höhepunkt im laufenden Jahr erreichen und dann bis zum Jahr 2029 auf 4,9 % fallen.

Bevölkerungsalterung, Digitalisierung und die ökologische Transformation bringen bedeutende Herausforderungen für die Arbeitsmarktpolitik mit sich. Mit der Konjunkturerholung wird die Arbeitskräftenachfrage anziehen, hingegen dämpft die Demografie die Arbeitskräfteangebotsentwicklung. Notwendig sind Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitskräftepotenzials. So sollte durch Qualifizierungsmaßnahmen die Mis-Match-Arbeitslosigkeit reduziert werden und Anreize für höhere Mobilität gesetzt werden. Die Bewältigung der vom demografischen Wandel ausgehenden Herausforderungen erfordert ein Maßnahmenbündel. Zu begrüßen sind Anstrengungen zur Hebung des effektiven Pensionsantrittsalters. Präventionsmaßnahmen im Gesundheitsbereich sollten den längeren Verbleib im Erwerbsleben unterstützen. Ein weiterer Ausbau der Betreuungseinrichtungen könnte Hindernisse für eine Vollzeitbeschäftigung verringern. Tendenziell geht die geleistete durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Österreich zurück. Dieser Entwicklung sollte, etwa durch steuerliche Anreize, gegengesteuert werden, da eine Ausweitung des Arbeitsvolumens das Potenzialwachstum der Volkswirtschaft erhöhen würde. Arbeitsmarktpotenziale bestehen auch bei den Personen mit Migrationshintergrund. Durch gezielte Integrationsmaßnahmen könnte deren Beschäftigungsfähigkeit erhöht werden. Letztlich ist wohl aber auch eine qualifikationsorientierte Zuwanderungspolitik notwendig. Gefordert ist auch die Bildungspolitik, die mithelfen kann, Arbeitsmarktprobleme gar nicht erst entstehen zu lassen. Hilfreich wäre in diesem Zusammenhang auch ein weiterer Ausbau der Frühkindförderung.

## 4.7 Monetäre Entwicklungen

Die Europäische Zentralbank hat im laufenden Jahr vier Leitzinssenkungen vorgenommen, die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank haben im laufenden Jahr zwei Zinsschritte nach unten vollzogen. Die Fed hingegen beließ ihren Leitzinssatz konstant. Der Einlagesatz im Euroraum liegt damit gegenwärtig bei 2,0 %, das Zielband für Taggeld in den USA beträgt 4,25 % bis 4,5 % und im Vereinigten Königreich liegt der Repo-Satz bei 4,25 %. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist seit ihrem Höhepunkt im Oktober 2022 (10,6 %) kräftig zurückgegangen und betrug im Juni 2,0 %. Die Inflationsrate erreichte damit die EZB-Zielmarke.

**Tabelle 4: Leitzinsen**

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2020	0	0–0,25	0,10	–0,75	–0,1
Ende 2021	0	0–0,25	0,25	–0,75	–0,1
Ende 2022	2,5	4,25 – 4,5	3,5	1	–0,1
Ende 2023	4,5	5,25 – 5,5	5,25	1,75	–0,1
Ende 2024	3,0	4,25 – 4,5	4,75	0,5	0,25
30.6.2025	2,0	4,25 – 4,5	4,25	0,0	0,5

Zur Ermittlung der durchschnittlichen Leitzinssätze werden für den US-Dollar die mittleren Zinssätze bzw. ein Wert von 0,1 % für den Zielsatz „nahe bei Null“ (0–0,25 %) verwendet, für den Schweizer Franken die angestrebten (mittleren) Zielsätze, als die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Leitzinsen noch durch ein Zielband um den Dreimonats-Libor angab (bis Juni 2019). Seit Juni 2019 ersetzt der SNB-Leitzins das zuvor gültige Zielband.

Quelle: Nationale Zentralbanken, LSEG Datastream, eigene Berechnungen

Im Euroraum wurden die Leitzinsen zuletzt im Juni gesenkt. Der Einlagesatz, der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Spitzenrefinanzierungssatz liegen damit gegenwärtig bei 2,00 %, 2,15 % bzw. 2,40 %. Im Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) werden seit Juli 2023 fällige Beträge nicht mehr reinvestiert, im Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) gilt dies seit Jänner 2025. Insgesamt betragen die Bestände in den beiden Ankaufprogrammen rund 4.000 Milliarden Euro und dürften bei gleichbleibender Abbaugeschwindigkeit in spätestens neun Jahren vollständig abgebaut sein.

**Tabelle 5: Zinsen und Renditen**

*Durchschnittliche Jahreswerte in Prozent*

	Euribor 3 Monate	Österreichische Staatsanleihen 10 Jahre
2025	2,2	3,0
2026	2,1	3,1
2027	2,1	3,1
2028	2,1	3,1
2029	2,1	3,1

Quelle: Prognose des IHS

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit den Zinssenkungen der EZB etwas zurückgegangen und der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt des zweiten Quartals bei 2,1 %. Damit ist er gegenüber dem Vorquartal um rund 50 Basispunkte und gegenüber dem Vorjahresquartal um rund 170 Basispunkte gesunken. Der 3-Monats-Euribor sollte laut Sommerprognose in den Jahren 2025 und 2026 durchschnittlich 2,2 % bzw. 2,1 % betragen. Die Leitzinsen der EZB dürften etwa neutrale Niveaus erreicht haben, auf denen weder stimulierende noch dämpfende Einflüsse auf die Konjunktur ausgehen, und daher etwa Gleichgewichtsniveaus entsprechen.

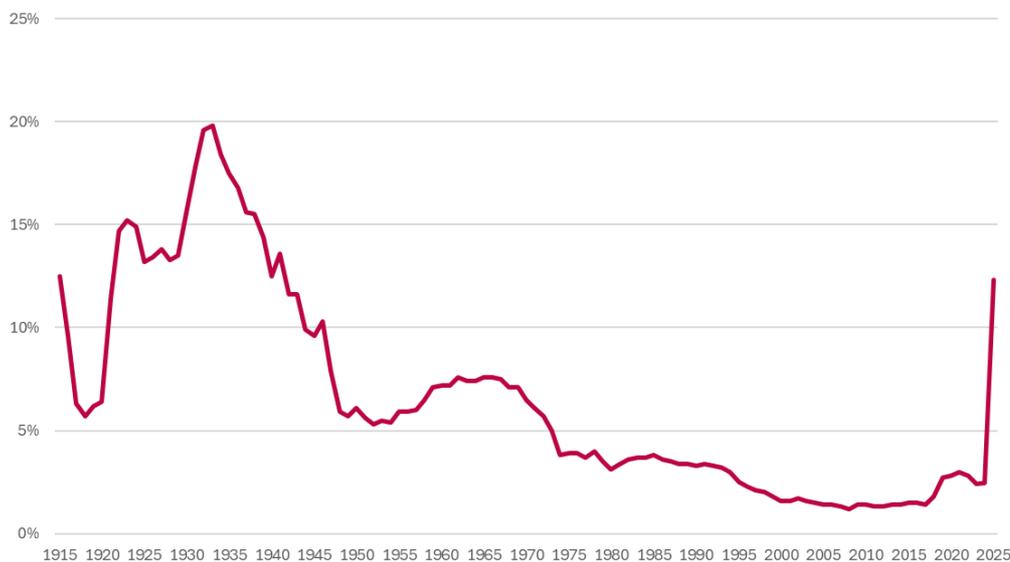
## 5 Ökonomische Effekte der US-Zollpolitik

### 5.1 Hintergrund

Nach seiner Wiederwahl im Jahr 2024 leitete US-Präsident Trump einen neuen Kurs in der Handelspolitik ein. Am 2. April 2025 kündigte er ein mehrstufiges Tarifsystem an. Demnach sollte ab dem 5. April 2025 ein Mindestzollsatz von 10 % auf nahezu alle Importe gelten und ab dem 9. April 2025 sollten zusätzliche länderspezifische sogenannte reziproke Zölle greifen. Der Mindestzollsatz gilt bis heute; für welche Länder die reziproken Zölle Anwendung finden, wird sich in künftigen Verhandlungen zeigen. Zudem hat die US-Regierung höhere Zölle für bestimmte Güter wie Stahl, Aluminium oder Fahrzeuge eingeführt.

Laut Schätzungen des US-Steuerforschungsinstituts „Tax foundation“ wird mit Stand 8. Juli der gewichtete durchschnittliche US-Importzollsatz im Jahr 2025 auf 12,3 % steigen, nachdem er im Jahr 2024 bei 2,5 % gelegen hatte. Dies wäre der höchste Wert seit dem Jahr 1941 (Abbildung 11). Sollten die Anfang April angekündigten, dann aber wieder ausgesetzten, reziproken US-Zölle in Kraft treten, wäre der effektive US-Einfuhrzollsatz sogar so hoch wie seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre nicht mehr.

**Abbildung 11: Durchschnittlicher Zollsatz auf US-Importe**



Quelle: Tax foundation. <https://taxfoundation.org/research/all/federal/trump-tariffs-trade-war/>. Abgerufen am 8.7.2025

## 5.2 Österreichs Warenaußenhandel mit den USA

Die Vereinigten Staaten sind für Österreich neben China und der Schweiz der wichtigste Handelspartner außerhalb der Europäischen Union. Laut Außenhandelsstatistik betragen die Warenexporte in die USA im Jahr 2024 16,2 Mrd. Euro oder 8,5 % der gesamten Warenexporte. Im Vergleich dazu lag der Anteil der Warenexporte in die Schweiz bei 5,2 % und nach China, das vor allem als Importpartner eine wichtige Rolle spielt, bei 2,8 %. Die Warenimporte aus den USA beliefen sich im Jahr 2024 auf 7,7 Mrd. Euro. Österreich hatte demnach einen Handelsbilanzüberschuss gegenüber den USA. Laut VGR betragen die gesamten Warenexporte im vergangenen Jahr 189,5 Mrd. Euro. Waren machen etwas mehr als zwei Drittel der Exporte i.w.S. aus (68,5 %), der Rest fällt auf Dienstleistungen, die aber aktuell nicht Gegenstand der US-Zollpolitik sind. Auf US-Kritik stößt hingegen die österreichische Digitalsteuer, die auch importierte Dienstleistungen aus den USA im Technologiebereich trifft.

Der größte Anteil der Warenexporte in die USA fällt mit 7,6 Mrd. Euro bzw. 46,9 % auf Maschinen und Fahrzeuge. Von US-Zöllen auf Fahrzeuge bzw. Fahrzeugteile wären österreichische Exporte neben dem direkten Effekt vor allem indirekt über Vorleistungsverflechtungen mit der deutschen Autoindustrie betroffen. Ein weiterer wichtiger Sektor ist die Herstellung chemischer Erzeugnisse, die 5,1 Mrd. Euro bzw. 31,4 % der Warenexporte in die USA ausmachen. Darunter fallen insbesondere die medizinischen und pharmazeutischen Produkte. Diese sind im vergangenen Jahr um rund 80 % gegenüber dem Jahr 2023 angestiegen und betragen 2024 4,6 Mrd. Euro. Damit ist der Anstieg der Warenexporte in die USA im Verhältnis zum BIP von 2,9 % im Jahr 2022 auf 3,4 % im Jahr 2024 maßgeblich auf die Ausweitung des Exports dieser Produkte zurückzuführen. Zölle auf medizinische und pharmazeutische Produkte sind zwar aktuell noch ausgenommen von den US-Zöllen, könnten aber etwa Teil der US-Verhandlungsstrategie gegenüber der EU sein. Regulatorische Maßnahmen auf medizinische und pharmazeutische Produkte wurden von den USA angekündigt, aber bislang nicht umgesetzt. Des Weiteren belaufen sich Bearbeitete Waren und Konsumnahe Fertigwaren auf 1,7 Mrd. Euro bzw. 1,3 Mrd. Euro. Die Anteile von Nahrungsmitteln und Rohstoffen sind eher gering, wobei etwa verarbeitete Stahlprodukte in die Kategorie Bearbeitete Waren fallen.

Welche Größenordnung haben die US-Zölle aus österreichischer Sicht? Die Warenexporte in die USA betragen 3,4 % des BIP Österreichs. Ein Importzoll der USA auf Waren aus Österreich von 10 % entspricht demnach etwa 0,3 % des österreichischen BIP.

## 5.3 Wirkungsmechanismen von Zöllen

Wenn die USA die Zölle für Produkte aus einem anderen Land erhöhen, werden diese in den USA teurer und weniger nachgefragt. Wie hoch ist dieser negative Effekt auf die Nachfrage nach Produkten aus Österreich? Unter der sehr restriktiven Annahme, dass die österreichischen Exporteure ihre Preise nicht ändern und die US-amerikanischen Käufer ein festes Budget für österreichische Produkte zur Verfügung haben, würden die österreichischen Verkäufe genau um die Zolleinnahmen fallen. Somit würde das österreichische BIP bei einer 10-prozentigen US-Zollerhöhung um die vorher genannten 0,3 % fallen. In der Realität gibt es aber zahlreiche weitere Mechanismen, die den tatsächlichen Effekt auf das BIP entweder erhöhen oder verringern können.

Insbesondere kann der negative Effekt durch Handelsumlenkung abgeschwächt werden. Bei der Handelsumlenkung suchen die Exporteure nach neuen Absatzmärkten und verkaufen ihre Produkte verstärkt in Länder, die keine erhöhten Zölle verlangen. Dadurch kann ein Teil der entgangenen Exportnachfrage kompensiert werden. Da die USA ihre Zölle gegenüber allen anderen Ländern erhöhen, nutzt Österreich die Handelsumlenkung doppelt: Einerseits können österreichische Exporteure ihre Waren in anderen Ländern verkaufen und den negativen Effekt auf die Produktion somit zumindest abfedern. Andererseits können österreichische Konsumenten und Produzenten günstiger im Ausland einkaufen, da andere Länder ebenfalls Abnehmer suchen. Letzteres könnte für manche Produzenten in Österreich jedoch auch zum Problem werden, wenn sie stärkerer Konkurrenz aus dem Ausland ausgesetzt sind.

Die Handelsumlenkung sollte auch durch Wechselkurseffekte begünstigt werden, da US-Zölle theoretisch zu einer Aufwertung der amerikanischen Währung führen sollten. Wenn US-Amerikaner aufgrund der Zölle statt ausländischer Produkte US-amerikanische kaufen, bringen sie weniger Dollar auf den Devisenmarkt. Das Angebot an Dollar sinkt also und infolgedessen wertet der Dollar auf. Dies verteuert US-amerikanische Waren im Vergleich zu ausländischen, was zu einem Rückgang der US-Exporte führt und somit anderen Ländern ermöglicht, ihre Exporte zu erhöhen. Die Wechselkursaufwertung durch Zölle konnte auch empirisch bestätigt werden. So kommen Matveev und Ruge-Murcia (2024) sogar zu dem Ergebnis, dass die Ankündigung möglicher Zollerhöhungen auf kanadische und mexikanische Waren durch Trump auf Twitter bereits zu Aufwertungen des Dollar geführt hat.<sup>2</sup> Nach der Ankündigung reziproker Zölle am 2. April 2025 wertete der Dollar jedoch überraschend ab. Dies hat vermutlich mit dem verringerten Vertrauen der Investoren in die USA zu tun, da sie

---

<sup>2</sup> Matveev, D., & Ruge-Murcia, F. (2024). Tariffs and the exchange rate: Evidence from Twitter. *IMF Economic Review*, 72(3), 1185-1211.

die Zölle als Signal für größere wirtschaftliche Risiken sehen und eine potenziell schwächere US-Konjunktur befürchten.

Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Zölle ist eine wichtige Frage, inwieweit diese an die Konsumenten weitergereicht werden. Wie Fajgelbaum und Khandelwal (2022) in einer Übersichtsstudie zeigen, kam die Literatur vor dem Handelskrieg zwischen den USA und China in den Jahren 2018 und 2019 in der Regel zu dem Schluss, dass Zölle nur unvollständig an die Konsumenten weitergegeben wurden, d. h., dass auch die Produzenten ihre Preise senkten. Im Fall des Handelskriegs zwischen den USA und China kamen dann aber mehrere Studien zu dem Ergebnis, dass die Weitergabe der Zölle nahezu vollständig war.<sup>3</sup> Eine mögliche Erklärung dafür sind rigide Erzeugerpreise. Dies würde bedeuten, dass die Nachfrage stärker reagiert, bis die Preisänderungen greifen. Auch rigide Lohnanpassungen könnten eine Rolle spielen, da die Produzenten diese möglicherweise nicht senken können. Es kann auch sein, dass sich die Erzeugerpreise langfristig nicht anpassen. Im Falle der USA wäre dies jedoch überraschend, da es sich um eine große Volkswirtschaft handelt, deren Nachfrage Einfluss auf die Preise haben sollte.

Eine Unsicherheit besteht auch in der Reaktion der Geldpolitik. In der Regel wäre zu erwarten, dass die US-Zentralbank (Fed) zur Bekämpfung der durch die Zölle zu erwartenden Inflation die Zinsen erhöht. In der aktuellen Literatur finden sich auch Argumente für eine expansive Geldpolitik. Erstens verzerren Zölle den Handel, indem sie Importe ineffizient reduzieren. Dem kann eine expansive Geldpolitik entgegenwirken, da sie das Gesamteinkommen erhöht und somit die Importnachfrage stärkt.<sup>4</sup> Zweitens führen Zölle zu einer gegenläufigen Entwicklung von Produzenten- und Verbraucherpreisen. Während die Verbraucherpreise inklusive Zoll steigen, geraten die Erzeugerpreise unter Druck, da sie sinken müssen, um der rückläufigen Nachfrage zu begegnen. Eine expansive Geldpolitik, die zu einer höheren Inflation führt, kann diesen Anpassungsdruck auf die Produzenten mindern.<sup>5</sup> Zu beachten ist auch, dass Vergeltungszölle anderer Länder die Inflation aufgrund des daraus resultierenden Nachfragerückgangs verringern können.

In der Optimalzoll-Theorie kann ein Land durch die einseitige Erhebung eines Zolls bis zu einer optimalen Höhe durch Verbesserung seiner Terms-of-Trade einen Wohlfahrtsgewinn erzielen. Das Problem ist allerdings, dass andere Länder in der Regel

---

<sup>3</sup> Fajgelbaum, P. D., & Khandelwal, A. K. (2022). The economic impacts of the US–China trade war. *Annual Review of Economics*, 14(1), 205-228.

<sup>4</sup> Bianchi, J., & Coulibaly, L. (2025). *The optimal monetary policy response to tariffs* (No. w33560). National Bureau of Economic Research.

<sup>5</sup> Bergin, P. R., & Corsetti, G. (2023). The macroeconomic stabilization of tariff shocks: What is the optimal monetary response?. *Journal of International Economics*, 143, 103758

mit Vergeltungszöllen ebenfalls versuchen würden, ihre Wohlfahrt zu steigern. Gegenseitige Zölle führen dann zu Verlusten für beide Länder. Von Bedeutung ist auch, dass Zölle auf Kapital- und Zwischengüter die inländische Produktion verteuern. Dies kann die Wettbewerbsfähigkeit und somit die Investitionen senken. Laut Caliendo et al. (2023) liegt der Optimalzoll auf Zwischengütern daher deutlich niedriger als auf Endprodukte und kann sogar negativ sein.<sup>6</sup> Ein weiterer Aspekt ist, dass sich Zölle laut moderner Handelstheorie negativ auf die Produktivität des Landes auswirken, das sie erhebt. Im Melitz-Modell beispielsweise exportieren nur die produktivsten Firmen. Dadurch erhalten die Inländer Zugang zu den Produkten besonders produktiver ausländischer Firmen. Zölle schwächen diesen Mechanismus, indem sie den Eintritt ausländischer Konkurrenz in den inländischen Markt behindern.<sup>7</sup>

Die Einfuhrzölle beeinträchtigen nicht nur unmittelbar die Realwirtschaft. Neben diesem Handelskanal ist durch die unvorhersehbare und erratische Zollpolitik auch die handels- und wirtschaftspolitische Unsicherheit massiv gestiegen. Verschiedene Maße wurden entwickelt, um diese Unsicherheit zu quantifizieren. Einige dieser Maße befinden sich derzeit auf historischen Höchstständen. Gängige Unsicherheitsmaße beruhen auf Textanalysen, die etwa die Artikel großer Tages- und Wirtschaftszeitungen auf Schlüsselbegriffe wie „Unsicherheit“ hin durchsuchen. Auch der in Abbildung 12 dargestellte Index der handelspolitischen Unsicherheit wurde auf diese Weise ermittelt. Unsicherheit kann dazu führen, dass Unternehmen Investitions- und Standortentscheidungen überdenken und private Haushalte die Anschaffungen insbesondere langlebiger Konsumgüter aufschieben. Außerdem kann Unsicherheit Banken zu einer zurückhaltenderen Kreditvergabe veranlassen.

---

<sup>6</sup> Caliendo, L., Feenstra, R. C., Romalis, J., & Taylor, A. M. (2023). A second-best argument for low optimal tariffs on intermediate inputs. *Journal of International Economics*, 145, 103824.

<sup>7</sup> Melitz, M. J. (2003). The impact of trade on intra-industry reallocations and aggregate industry productivity. *Econometrica*, 71(6), 1695-1725.

**Abbildung 12: Index der handelspolitischen Unsicherheit**



Quelle: Caldara, D., Iacoviello, M., Molligo, P., Prestipino, A., Raffo, A., The Economic Effects of Trade Policy Uncertainty, manuscript presented at the 91st meeting of the Carnegie-Rochester-NYU Conference on Public Policy, April 2019.

Blagov (2025) kommt in einer ökonometrischen Schätzung zu dem Ergebnis, dass für die europäischen Volkswirtschaften die handelspolitische Unsicherheit sogar größere gesamtwirtschaftliche Effekte nach sich ziehen kann als die US-Zölle selbst, zumindest solange sich deren Höhe in Grenzen hält.<sup>8</sup> Die Deutsche Bundesbank kommt in eigenen Untersuchungen hingegen zu dem Ergebnis, dass der Zusammenhang zwischen den textbasierten Maßen der handelspolitischen Unsicherheit und der Realwirtschaft gemäß empirischer Schätzungen nicht sehr eng ist.<sup>9</sup> Aufgrund methodischer Probleme bei der Operationalisierung des Unsicherheitsbegriffs bei den Textanalysen schlägt die Bundesbank vor, Unsicherheitsmaße zu verwenden, die auf der Volatilität von Finanzmarktvariablen basieren. Während etwa die implizite Aktienmarktvolatilität in den USA im April kräftig auf die handelspolitischen Spannungen reagierte, blieben die Ausschläge unter jenen der textbasierten Unsicherheitsmaße, und im Euroraum waren die Finanzmarktreaktionen deutlich geringer ausgeprägt. Alles in allem kann erwartet werden, dass die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit die Realwirtschaft dämpft.

<sup>8</sup> Blagov, B. (2025), The Tweet is Mightier than the Pen - Social Media Posts, Executive Orders, and Uncertainty, <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.5225363>

<sup>9</sup> Deutsche Bundesbank (2025), Monatsbericht Mai 2025, Frankfurt/Main.

## 5.4 Modellsimulationen

Die Simulationen werden mit einem am IHS neu entwickelten multisektoralen dynamischen Gleichgewichtsmodell (DSGE-Modell) der internationalen Wirtschaft durchgeführt (siehe Kasten). Das Modell kann Anpassungen über die Zeit simulieren, und eignet sich aufgrund der Berücksichtigung internationaler Handelsverflechtungen, nomineller Friktionen und der Geldpolitik besonders für die Modellierung kurzfristiger Effekte der Handelspolitik auf das BIP, die Importe, die Exporte und die Inflation. Von den oben genannten Wirkungsmechanismen bleiben insbesondere der Einfluss der Handelspolitik auf die Unsicherheit und auf die Produktivität unberücksichtigt.

### **Kasten: Das DSGE-Modell der Weltwirtschaft am IHS**

Die Weltwirtschaft ist in neun Länder bzw. Regionen untergliedert, wobei der Produktionssektor jeder Volkswirtschaft in 25 Sektoren aufgeteilt ist. Der reale staatliche Konsum wird als konstant angenommen und durch Steuern auf Arbeitseinkommen sowie gegebenenfalls durch Importzölle finanziert. Einnahmen aus Zöllen werden als Pauschaltransfers an die Haushalte ausgeschüttet. Handelsungleichgewichte werden durch Veränderungen in den Nettoauslandsvermögenspositionen der Länder finanziert. Diese Vermögenswerte werden in Form von US-Staatsanleihen gehalten, was die dominierende Rolle des US-Dollars als Reservewährung widerspiegelt.

Die Produktion wird durch verschachtelte Produktionsfunktionen mit konstanter Substitutionselastizität (CES) modelliert. Jeder Sektor kann Zwischenprodukte aus allen Sektoren aller Länder beziehen. Die Wirkung von Zöllen hängt entscheidend von der Substitutionselastizität zwischen ähnlichen Gütern aus verschiedenen Ländern, der sogenannten Armington-Elastizität oder Handelselastizität, ab. Im Einklang mit der Fachliteratur und unter Berücksichtigung des Fokus auf kurz- bis mittelfristige Effekte wird diese Elastizität auf 1,9 gesetzt.

Um keynesianische Nachfragemechanismen abzubilden, beinhaltet das Modell nominelle Rigiditäten bei der Lohn- und Preissetzung sowie einen Anteil kreditbeschränkter Haushalte. Da Unternehmensgewinne prozyklisch sind, werden Löhne als rigider angenommen als Preise. Die Preisrigidität gilt auf der Ebene der Erzeugerpreise innerhalb eines Landes, nicht auf der Einzelhandelsebene. Werden Importzölle eingeführt, werden sie unmittelbar auf den Produzentenpreis des exportierenden Unternehmens aufgeschlagen. Die Exporteure senken ihre Preise geringfügig, da der durch die Zölle verursachte Nachfragerückgang die Grenzkosten senkt. Die Preissenkungen fallen jedoch gering aus im

Vergleich zur Höhe des Zolls, da Exporte in die USA üblicherweise nur einen kleinen Teil der Gesamtproduktion eines Unternehmens ausmachen.

Die Geldpolitik folgt einer einfachen Taylor-Regel, bei der Zentralbanken ein doppeltes Mandat zur Stabilisierung von Inflation und Produktionslücke erhalten. Dementsprechend reagiert der nominelle Zinssatz positiv auf beide Variablen. Die Europäische Zentralbank (EZB) hingegen verfolgt entsprechend ihrem Statut ausschließlich das Ziel der Preisstabilität. Um die Reaktion privater Aktivitäten auf Veränderungen realer Zinssätze realistisch abzubilden, enthält das Modell Kapitalanpassungskosten und Konsumgewohnheiten.

Innerhalb des Euroraums ist der nominelle Wechselkurs zwischen Österreich und den übrigen Mitgliedsländern fix, was einen einheitlichen nominellen Zinssatz impliziert. Unterschiedliche Inflationsraten führen jedoch zu einer Variation der realen Wechselkurse. Eine technische Beschreibung des Modells befindet sich derzeit in Vorbereitung.

Das Modell wird mithilfe der Eurostat-Datenbank „FIGARO“ (Full International and Global Accounts for Research in Input-Output Analysis) kalibriert, die jährliche Input-Output-Daten zu 64 Wirtschaftszweigen in allen EU-Mitgliedstaaten, ihren 18 wichtigsten Handelspartnern und der übrigen Welt enthält. Es liegen Daten zur inländischen Produktion, zu Lieferungen ins In- und Ausland, zu Konsum, Investitionen und Vorleistungen sowie zu Profiten und Arbeitseinkommen aus dem Jahr 2022 vor.<sup>10</sup> Der Vorteil der Input-Output-Datenbank ist, dass die Daten in einheitlicher und konsistenter Form bereitgestellt werden. Beispielsweise entsprechen die Importe exakt den Exporten der jeweiligen Handelspartner, was bei anderen Datenbanken oft nicht der Fall ist. Dies ermöglicht die Kalibrierung einer Vielzahl der im Modell enthaltenen Parameter.

Für das Modell werden die Figaro-Daten zu neun Regionen (Österreich, Rest des Euroraums, Rest der EU, USA, Kanada, Mexiko, China, Rest Asiens, Rest der Welt) und 25 Wirtschaftssektoren aggregiert. Letztere basieren größtenteils auf den 21 Teilbereichen der NACE-Rev.-2-Klassifizierung, wobei das Verarbeitende Gewerbe in acht Sektoren unterteilt wird (siehe auch Abbildung 13 und Abbildung 14). Darüber hinaus werden die Sektoren R (Kunst, Unterhaltung und Erholung), S (Sonstige Dienstleistungen), T (Tätigkeiten von privaten Haushalten als Arbeitgeber; nicht differenzierte Güter) und U (Tätigkeiten

<sup>10</sup> Remond-Tiedrez, I., & Rueda-Cantuche, J. M. (Eds.). (2019). EU inter-country supply, use and input-output tables: Full international and global accounts for research in input-output analysis (FIGARO). Luxembourg: Publications Office of the European Union.

extraterritorialer Organisationen und Körperschaften) zu einem Sektor zusammengefasst.

Im Folgenden wird untersucht, wie sich eine Erhöhung der US-Zölle in den ersten beiden Jahren nach ihrer Einführung auf zentrale makroökonomische Variablen auswirkt. Die wichtigsten Ergebnisse der Modellanalyse sind in Tabelle 6 zusammengefasst. Die angegebenen Werte sind als prozentuale Veränderungen gegenüber einem Szenario ohne Zollerhöhung zu interpretieren.

**Tabelle 6: Simulationsergebnisse**

	Basisszenario		10% Vergeltungszölle der EU		Konstanter nomineller Wechselkurs	
	2025	2026	2025	2026	2025	2026
<b>Österreich</b>						
Reales BIP	-0,16	-0,10	-0,22	-0,15	-0,08	0,00
Realwert des BIP	-0,34	-0,30	-0,43	-0,38	-0,12	-0,05
Arbeitsstunden	-0,26	-0,11	-0,34	-0,17	-0,22	-0,14
VPI-Inflation	-0,17	-0,05	-0,24	-0,07	-0,34	-0,22
Exporte real	-0,66	-0,59	-0,80	-0,72	-0,98	-0,80
Importe real	-0,80	-0,73	-0,91	-0,83	-0,28	-0,24
Investitionen	-0,61	-0,37	-0,77	-0,49	0,95	0,91
Konsum	-0,16	-0,17	-0,14	-0,16	0,05	0,09
<b>USA</b>						
Reales BIP	-0,49	-0,69	-0,50	-0,70	-0,52	-0,88
VPI-Inflation	1,30	1,16	1,35	1,19	2,82	2,21
<b>Euroraum</b>						
Reales BIP	-0,08	-0,05	-0,16	-0,13	-0,05	0,04
Exporte	-0,62	-0,57	-1,08	-1,04	-1,43	-1,16
Importe	-1,39	-1,41	-1,71	-1,72	-0,39	-0,50
VPI-Inflation	-0,05	-0,03	-0,09	-0,05	-0,34	-0,20
Nomineller Wechselkurs	5,75	4,90	5,09	4,18	0,65	-0,65

Quelle: eigene Berechnungen; alle Werte prozentuale Abweichungen von einem fiktiven Szenario ohne US-Zollerhöhungen.

Die ersten beiden Spalten zeigen die Ergebnisse für das Basisszenario, wobei die Veränderungen der Anfang Juli 2025 geltenden Zölle im Vergleich zu den Zöllen im Jänner 2025 berücksichtigt werden. Laut den Modellberechnungen sind die Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft insgesamt moderat: Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) sinkt im ersten Jahr um 0,16 % und im zweiten Jahr um 0,10 % im Vergleich zum kontrafaktischen Szenario ohne Zollerhöhungen. Dieser Rückgang der wirtschaftlichen Leistung geht mit einer Abnahme der Arbeitsstunden um 0,26 % bzw. 0,11 % in den entsprechenden Jahren einher.

Bei der herkömmlichen Berechnung des realen BIP werden alle Komponenten zu konstanten Preisen erfasst. Diese Methode berücksichtigt jedoch nicht den Wohlfahrtsverlust, der durch eine reale Abwertung des Euro um etwa 6 % gegenüber dem US-Dollar infolge der Zollerhöhung entsteht. Diese Abwertung führt zu einer Verschlechterung der Terms-of-Trade, also des Verhältnisses zwischen Export- und Importpreisen. Österreich muss für seine Einfuhren höhere Preise zahlen, was einen realen Wohlfahrtsverlust bedeutet. Der sogenannte „Realwert des BIP“ korrigiert die Berechnungen um diesen Effekt. In diesem Fall ergibt sich ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,34 % im ersten und um 0,30 % im zweiten Jahr. Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität führt auch zu einer geringeren Inflation, gemessen am Verbraucherpreisindex, die in den beiden Jahren um 0,17 bzw. 0,05 Prozentpunkte zurückgeht.

Warum fällt der Rückgang der Wirtschaftsleistung insgesamt so gering aus? Die Einführung der Zölle führt zwar zu einem deutlichen Rückgang der österreichischen Exporte, dieser wird jedoch durch den noch stärkeren Rückgang der Importe mehr als kompensiert. Letzterer ist zum einen auf die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zurückzuführen, wodurch sich Importe aus den USA verteuern. Deswegen substituieren inländische Konsument:innen und Unternehmen die teureren US-Güter durch inländische.

Die Simulationsergebnisse zeigen außerdem, dass der Rest des Euroraums etwas weniger stark von der Zollerhöhung betroffen ist als Österreich. Während der prozentuale Rückgang der Exporte in etwa dem österreichischen entspricht, ist der Anteil der Exporte in die USA am BIP in Österreich höher als im restlichen Euroraum. Dies erklärt, warum Österreich stärker unter den Handelsrestriktionen leidet.

Für die Vereinigten Staaten errechnet das Modell einen stärkeren Rückgang des BIP als für Österreich und den Euroraum. Das reale BIP der USA sinkt um 0,49 % im ersten und um 0,69 % im zweiten Jahr. Gleichzeitig steigt die Inflation deutlich an – um 1,3 Prozentpunkte im ersten und um 1,16 Prozentpunkte im zweiten Jahr.

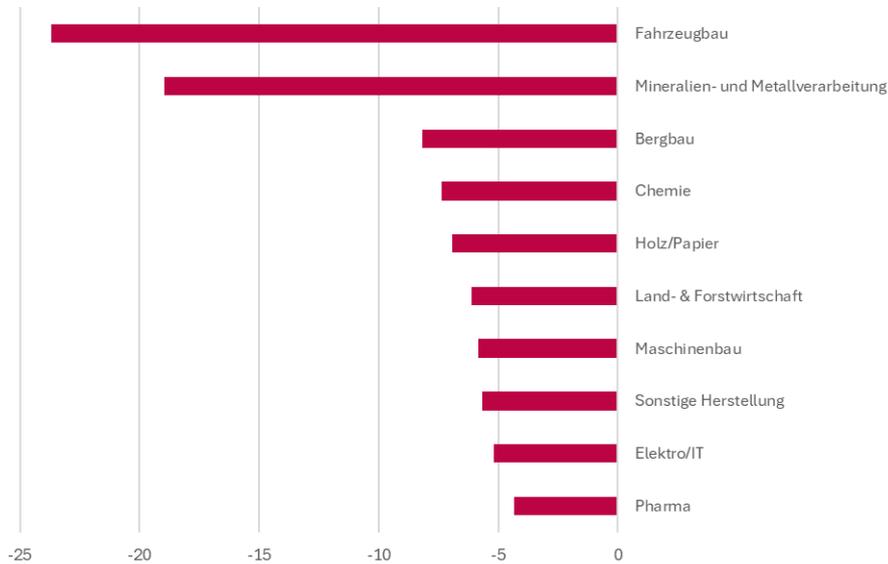
Die dritte und vierte Spalte von Tabelle 6 analysieren ein Szenario, in dem die EU als Reaktion auf die US-Zölle einen Gegenzoll von 10 % auf alle Importe aus den USA erhebt. Die Folge ist ein etwas stärkerer Rückgang des österreichischen Bruttoinlandsprodukts. Dieser resultiert vor allem daraus, dass die Aufwertung des Euro im Vergleich zum Basisszenario schwächer ausfällt, wodurch die Exporte noch deutlicher zurückgehen. Zudem sinken die Investitionen in Österreich, da durch die Gegenzölle die Kosten importierter Vorleistungen steigen.

Ein zentraler Treiber im Basisszenario ist die reale Aufwertung des US-Dollar. Die Einführung der US-Zölle verringert die Importnachfrage in den Vereinigten Staaten, was auf den Devisenmärkten zu einem Angebotsengpass bei der amerikanischen Währung führt und damit zu einer Aufwertung des Dollar. Zwischen September 2024 und Jänner 2025 konnte tatsächlich eine markante Aufwertung des Dollar beobachtet werden. Seit Februar hat sich dieser Trend jedoch umgekehrt, sodass der Dollar auf den niedrigsten Stand gegenüber dem Euro seit 2021 gefallen ist. Diese jüngste Abwertung lässt sich nicht unmittelbar durch die Höhe der Zölle erklären. Mögliche Ursachen sind vielmehr die Unsicherheit über die zukünftige Handelspolitik sowie, mit größerer Wahrscheinlichkeit, die anhaltend hohe Staatsverschuldung in den USA und wachsende Zweifel an der Unabhängigkeit der US-Geldpolitik.

Um die Bedeutung von Wechselkursbewegungen zu verdeutlichen, beschreiben die fünfte und sechste Spalte der Tabelle ein Szenario, in dem der nominelle Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar im Durchschnitt über den betrachteten Zweijahreszeitraum konstant bleibt. Dieses Szenario wird durch die Annahme erreicht, dass die Attraktivität von Dollarinvestitionen aus Sicht internationaler Anleger abnimmt. Dies führt zu einer stärkeren Nachfrage nach Anleihen im Euroraum und infolgedessen zu einem Rückgang des Zinsniveaus im Vergleich zu den USA – ein Trend, der auch mit den jüngsten Beobachtungen an den Finanzmärkten übereinstimmt. In diesem Szenario fällt der Rückgang des österreichischen BIP geringer aus als im Basisszenario, obwohl der Wegfall der Euroabwertung zu einem stärkeren Rückgang der Exporte und zu einem weniger deutlichen Rückgang der Importe führt. Diese Effekte werden jedoch durch eine Erholung der Investitionstätigkeit mehr als ausgeglichen – maßgeblich bedingt durch das niedrigere Zinsniveau im Euroraum.

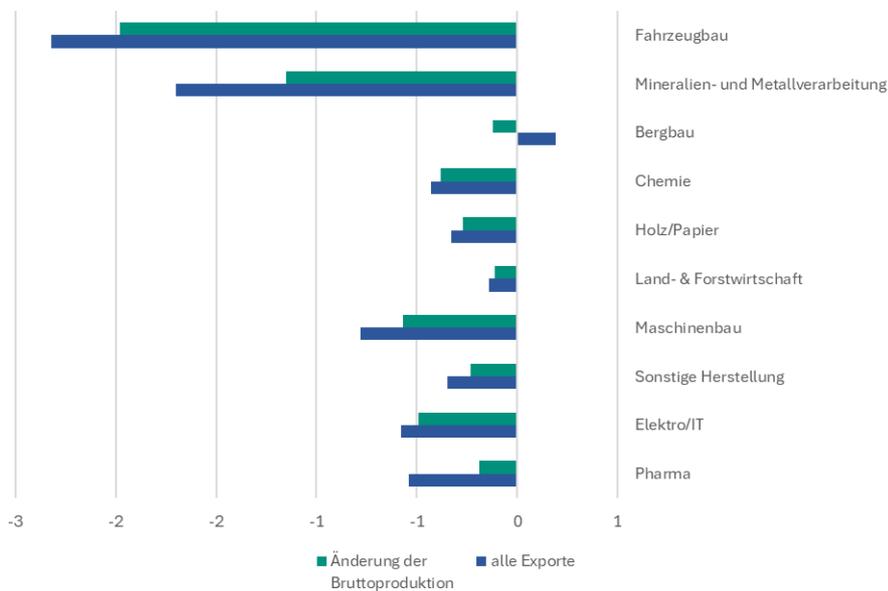
Die verschiedenen Modellrechnungen machen deutlich, dass die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Zölle durch eine Reihe von teilweise gegenläufigen Wirkungsmechanismen bestimmt werden, insbesondere der Reaktionen der Wechselkurse, der Geldpolitik und der privaten Investitionen. Der Gesamteffekt ist daher nur sehr schwer vorauszusagen. Es sollte noch einmal betont werden, dass die Auswirkungen der Unsicherheit über die zukünftige Zollpolitik vom Modell nicht erfasst werden.

**Abbildung 13: Veränderung der österreichischen Exporte in die USA, jeweils in % (Basisszenario)**



Quelle: Eigene Berechnungen. Eine Zuordnung der in der Abbildung verwendeten Kurzbezeichnungen zu den entsprechenden NACE Rev. 2-Klassifikationen findet sich in Tabelle 7.

**Abbildung 14: Veränderung der gesamten österreichischen Exporte und der Bruttoproduktion, jeweils in % (Basisszenario)**



Quelle: Eigene Berechnungen. Eine Zuordnung der in der Abbildung verwendeten Kurzbezeichnungen zu den entsprechenden NACE Rev. 2-Klassifikationen findet sich in Tabelle 7.

Abbildung 13 zeigt die sektoralen Exporte in die USA im Basisszenario. Besonders deutliche Rückgänge sind in der Automobilindustrie und im Metallsektor zu verzeichnen, was ein direktes Resultat der in diesen Sektoren von den USA verhängten überdurchschnittlich hohen Zölle ist. Abbildung 14 stellt die Veränderung der Bruttoproduktion in denselben Sektoren sowie die Veränderung der gesamten Exporte dar. Wie zu erwarten war, sind erneut die Automobilindustrie und die Herstellung von Metallerzeugnissen am stärksten betroffen. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Exporte im Sektor Bergbau und Gewinnung von Rohstoffen laut den Simulationen sogar leicht zunehmen. Insgesamt fällt der Rückgang der Exporte geringer aus, als es bei alleiniger Betrachtung des Rückgangs der Exporte in die USA zu erwarten wäre, da es infolge von Handelsumlenkung zu steigenden Ausfuhren in andere Zielländer kommt.

## 5.5 Fazit

Die Analyse zeigt, dass die von den USA eingeführten Zölle die Wirtschaftsleistung der USA stärker verringern als die der EU. Für die EU wäre es jedoch mit erheblichen Kosten verbunden, mit symmetrischen Vergeltungszöllen zu reagieren. Diese würden zudem nur sehr geringe negative Auswirkungen auf die USA haben. Weitere Modellrechnungen belegen, dass dies auch für spezifischere Zölle gilt, etwa auf Automobile, da diese nahezu vollständig auf die europäischen Verbraucher:innen abgewälzt würden.

Exportsteuern auf ausgewählte Produkte oder im Extremfall sogar Exportverbote für Produkte, die zentrale und schwer ersetzbare Vorleistungen für die amerikanische Industrie darstellen, könnten als Druckmittel deutlich wirksamer sein. Sie würden jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit als aggressiver Schritt wahrgenommen werden und amerikanische Gegenmaßnahmen provozieren.

Die eigentliche Gefahr liegt derzeit weniger in den direkten Handelswirkungen der bereits beschlossenen Zölle, sondern vielmehr im potenziellen schrittweisen Verlust eines regelbasierten internationalen Handelssystems. Vor diesem Hintergrund sollte die Rückkehr zu einem kooperativen und regelgebundenen Welthandel ein zentrales politisches Ziel der EU bleiben.

## 5.6 Appendix

*Tabelle 7: Zuordnung der im Sonderkapitel genannten Sektoren zur Nace rev. 2-Klassifizierung*

Kurzform	Nace rev. 2 Abschnitt oder Abteilung
Pharma	Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe, Abteilungen: Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
Elektro/IT	Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe, Abteilungen: Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen und elektronischen Ausrüstungen
Sonstige Herstellung	Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe, Abteilungen: Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln; Getränkeherstellung; Tabakverarbeitung; Herstellung von Textilien, Bekleidung; Leder, Lederwaren und Schuhen; Druckerzeugnissen; Kokerei und Mineralölverarbeitung; Herstellung von Gummi und Kunststoffwaren, Möbeln und sonstigen Waren
Maschinenbau	Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe, Abteilungen: Maschinenbau, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen
Land- & Forstwirtschaft	Abschnitt A: Land und Forstwirtschaft; Fischerei
Holz/Papier	Herstellung von Holz, Flecht-, Korb- und Korkwaren, sowie von Papier, Pappe und Produkten daraus
Chemie	Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe, Abteilungen: Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Bergbau	Abschnitt B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
Mineralien- und Metallverarbeitung	Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe, Abteilungen: Herstellung von Glas, Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden, Metallerzeugung und -verarbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen
Fahrzeugbau	Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe, Abteilungen: Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen; Sonstiger Fahrzeugbau

## 6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	377,618 -1,0%	377,896 0,1%	381,684 1,0%	386,806 1,3%	391,516 1,2%	395,738 1,1%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	448,007 10,3%	473,227 5,6%	484,223 2,3%	496,281 2,5%	510,813 2,9%	527,444 3,3%	544,278 3,2%	561,174 3,1%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	116,345 4,8%	124,079 6,6%	128,231 3,3%	131,327 2,4%	133,831 1,9%	136,359 1,9%	139,018 2,0%	141,804 2,0%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2020=100)	111,600 8,6%	120,300 7,8%	123,800 2,9%	127,390 2,9%	129,811 1,9%	132,537 2,1%	135,452 2,2%	138,432 2,2%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	56,554 4,9%	60,377 6,8%	65,388 8,3%	67,676 3,5%	69,368 2,5%	71,102 2,5%	72,951 2,6%	74,848 2,6%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3901,671 0,1%	3921,180 0,5%	3952,549 0,8%	3980,217 0,7%	4004,098 0,6%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,994 0,588	7,480 0,486	7,313 -0,167	6,868 -0,445	6,536 -0,332	6,228 -0,308

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
PRIVATER KONSUM	191,088 4,9%	190,186 -0,5%	190,864 0,4%	192,226 0,7%	193,964 0,9%	196,503 1,3%	198,790 1,2%	200,724 1,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	76,269 -0,6%	77,174 1,2%	78,287 1,4%	78,482 0,2%	78,482 0,0%	78,679 0,2%	79,072 0,5%	79,665 0,8%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	93,507 0,4%	90,504 -3,2%	88,582 -2,1%	88,139 -0,5%	88,828 0,8%	90,507 1,9%	91,992 1,6%	93,251 1,4%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	10,440 2,7	-0,077 0,0	-2,716 -0,7	-2,216 -0,6	-1,466 -0,4	-0,466 -0,1	0,034 0,0	0,434 0,1
INLANDSNACHFRAGE	372,679 3,6%	359,464 -3,5%	356,354 -0,9%	358,050 0,5%	361,253 0,9%	366,693 1,5%	371,384 1,3%	375,594 1,1%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	11,952 3,1	21,115 5,5	20,127 5,3	18,746 5,0	19,331 5,1	19,013 4,9	19,032 4,9	19,043 4,8
BIP ZU MARKTPREISEN	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	377,618 -1,0%	377,896 0,1%	381,684 1,0%	386,806 1,3%	391,516 1,2%	395,738 1,1%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
PRIVATER KONSUM	2,438	-0,240	0,185	0,375	0,481	0,695	0,619	0,518
ÖFFENTLICHER KONSUM	-0,125	0,244	0,299	0,055	0,000	0,054	0,107	0,159
BRUTTOINVESTITIONEN	1,369	-3,801	-1,282	0,027	0,382	0,700	0,513	0,424
ANLAGEINVESTITIONEN	0,096	-0,818	-0,529	-0,123	0,190	0,458	0,399	0,334
LAGERVERÄNDERUNGEN	1,245	-2,731	-0,692	0,132	0,198	0,262	0,129	0,102
EXPORTE I.W.S.	5,593	-0,261	-2,058	-0,294	0,990	1,199	1,174	1,182
WAREN	2,468	-0,159	-2,260	-0,293	0,575	0,765	0,771	0,775
DIENSTLEISTUNGEN	3,125	-0,102	0,202	-0,001	0,416	0,434	0,403	0,406
IMPORTE I.W.S.	-3,900	2,869	1,915	-0,061	-0,876	-1,329	-1,214	-1,225
WAREN	-1,232	3,443	2,197	0,037	-0,553	-0,920	-0,837	-0,844
DIENSTLEISTUNGEN	-2,667	-0,574	-0,283	-0,099	-0,323	-0,409	-0,378	-0,381
BRUTTOINLANDSPRODUKT	5,278	-0,955	-0,989	0,074	1,002	1,342	1,218	1,078

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
HAUSHALTSSPARQUOTE	8,8	8,7	11,7	9,9	9,6	8,7	8,4	8,2
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-2,6	-0,1	3,0	-1,8	-0,3	-0,9	-0,3	-0,2
INVESTITIONSQUOTE	25,5	24,9	24,5	24,3	24,2	24,3	24,4	24,4
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,4	-0,6	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,1	0,0
REALZINSSATZ	-3,04	-3,57	-0,50	0,59	1,19	1,21	1,15	1,10
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,10	-0,53	3,06	1,09	0,61	0,02	-0,06	-0,05
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	121,07 8,6%	130,40 7,7%	134,21 2,9%	138,18 3,0%	140,81 1,9%	143,77 2,1%	146,93 2,2%	150,16 2,2%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,411 -2,7%	46,707 -1,5%	49,106 5,1%	49,393 0,6%	49,684 0,6%	49,878 0,4%	50,073 0,4%	50,269 0,4%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,016 2,3%	9,806 -2,1%	9,688 -1,2%	9,686 0,0%	9,734 0,5%	9,786 0,5%	9,837 0,5%	9,883 0,5%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	147,193 2,5%	160,509 9,0%	175,867 9,6%	182,151 3,6%	185,776 2,0%	189,402 2,0%	193,333 2,1%	197,421 2,1%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	4,8	5,1	5,2	5,5	5,4	5,2	5,0	4,9
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,4	0,3	0,1	0,3	-0,1	-0,2	-0,2	-0,1
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	-3,4	-2,6	-4,6	-4,4	-4,1	-3,8	-3,5	-3,2
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	2,3	0,8	-2,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	218,950 13,3%	235,550 7,6%	243,379 3,3%	252,190 3,6%	259,294 2,8%	268,181 3,4%	277,261 3,4%	286,081 3,2%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	9,016 7,4%	10,305 14,3%	11,248 9,2%	11,588 3,0%	11,938 3,0%	12,359 3,5%	12,764 3,3%	13,182 3,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	92,347 4,2%	98,192 6,3%	106,766 8,7%	109,709 2,8%	111,355 1,5%	113,029 1,5%	115,582 2,3%	118,777 2,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	130,938 16,5%	120,238 -8,2%	110,537 -8,1%	111,133 0,5%	115,558 4,0%	121,326 5,0%	126,292 4,1%	130,958 3,7%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	58,948 7,3%	64,218 8,9%	66,670 3,8%	67,928 1,9%	69,705 2,6%	72,166 3,5%	74,530 3,3%	76,783 3,0%
BAUINVESTITIONEN	55,178 10,0%	53,621 -2,8%	52,162 -2,7%	52,680 1,0%	54,002 2,5%	56,156 4,0%	58,252 3,7%	60,248 3,4%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,191 -1,151	-1,066 0,125	-1,438 -0,372	-1,467 -0,029	-1,497 -0,029	-1,526 -0,030	-1,557 -0,031	-1,588 -0,031
INLANDSNACHFRAGE	445,067 10,8%	463,217 4,1%	470,492 1,6%	483,153 2,7%	496,648 2,8%	513,368 3,4%	530,341 3,3%	547,410 3,2%
EXPORTE I.W.S.	277,597 22,1%	281,402 1,4%	276,613 -1,7%	279,807 1,2%	288,796 3,2%	300,461 4,0%	312,081 3,9%	324,151 3,9%
IMPORTE I.W.S.	279,649 25,0%	271,392 -3,0%	262,882 -3,1%	266,678 1,4%	274,631 3,0%	286,385 4,3%	298,144 4,1%	310,387 4,1%
BIP ZU MARKTPREISEN	448,007 10,3%	473,227 5,6%	484,223 2,3%	496,281 2,5%	510,813 2,9%	527,444 3,3%	544,278 3,2%	561,174 3,1%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	183,556 5,1%	182,219 -0,7%	182,778 0,3%	184,058 0,7%	185,714 0,9%	188,129 1,3%	190,311 1,2%	192,138 1,0%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,537 0,5%	7,971 5,8%	8,089 1,5%	8,170 1,0%	8,252 1,0%	8,376 1,5%	8,481 1,3%	8,587 1,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	76,269 -0,6%	77,174 1,2%	78,287 1,4%	78,482 0,3%	78,482 0,0%	78,679 0,3%	79,072 0,5%	79,665 0,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	103,947 4,9%	90,428 -13,0%	85,866 -5,0%	85,969 0,1%	87,433 1,7%	90,139 3,1%	92,149 2,2%	93,834 1,8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	52,674 1,9%	53,961 2,4%	54,228 0,5%	53,956 -0,5%	54,496 1,0%	55,586 2,0%	56,559 1,8%	57,407 1,5%
BAUINVESTITIONEN	40,947 -1,3%	37,159 -9,3%	35,204 -5,3%	35,028 -0,5%	35,203 0,5%	35,819 1,8%	36,357 1,5%	36,793 1,2%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,808 -0,658	2,485 0,678	2,471 -0,014	2,471 0,000	2,471 0,000	2,471 0,000	2,471 0,000	2,471 0,000
INLANDSNACHFRAGE	372,679 3,6%	359,464 -3,5%	356,354 -0,9%	358,050 0,5%	361,253 0,9%	366,693 1,5%	371,384 1,3%	375,594 1,1%
EXPORTE I.W.S.	232,698 10,0%	231,717 -0,4%	223,699 -3,5%	222,547 -0,5%	226,456 1,8%	231,259 2,1%	236,025 2,1%	240,889 2,1%
IMPORTE I.W.S.	220,747 7,1%	210,602 -4,6%	203,571 -3,3%	203,801 0,1%	207,125 1,6%	212,246 2,5%	216,993 2,2%	221,846 2,2%
BIP ZU MARKTPREISEN	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	377,618 -1,0%	377,896 0,1%	381,684 1,0%	386,806 1,3%	391,516 1,2%	395,738 1,1%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	119,283 7,8%	129,268 8,4%	133,155 3,0%	137,017 2,9%	139,620 1,9%	142,552 2,1%	145,688 2,2%	148,893 2,2%
ÖFFENTLICHER KONSUM	121,080 4,8%	127,235 5,1%	136,379 7,2%	139,788 2,5%	141,885 1,5%	143,659 1,3%	146,173 1,8%	149,096 2,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	122,051 8,2%	130,203 6,7%	134,149 3,0%	136,839 2,0%	139,267 1,8%	141,781 1,8%	144,341 1,8%	146,949 1,8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	111,911 5,2%	119,008 6,3%	122,944 3,3%	125,895 2,4%	127,909 1,6%	129,828 1,5%	131,775 1,5%	133,752 1,5%
BAUINVESTITIONEN	134,754 11,5%	144,304 7,1%	148,169 2,7%	150,392 1,5%	153,400 2,0%	156,774 2,2%	160,224 2,2%	163,748 2,2%
INLANDSNACHFRAGE	119,424 7,0%	128,863 7,9%	132,029 2,5%	134,940 2,2%	137,479 1,9%	139,999 1,8%	142,801 2,0%	145,745 2,1%
EXPORTE I.W.S.	119,295 11,0%	121,442 1,8%	123,655 1,8%	125,729 1,7%	127,528 1,4%	129,924 1,9%	132,224 1,8%	134,564 1,8%
IMPORTE I.W.S.	126,683 16,7%	128,865 1,7%	129,135 0,2%	130,852 1,3%	132,592 1,3%	134,931 1,8%	137,398 1,8%	139,911 1,8%
BIP ZU MARKTPREISEN	116,345 4,8%	124,079 6,6%	128,231 3,3%	131,327 2,4%	133,831 1,9%	136,359 1,9%	139,018 2,0%	141,804 2,0%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
WARENEXPORTE	198,490 18,8%	197,589 -0,5%	189,492 -4,1%	190,139 0,3%	195,404 2,8%	203,298 4,0%	210,993 3,8%	218,979 3,8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	62,451 18,9%	63,588 1,8%	65,557 3,1%	67,256 2,6%	70,075 4,2%	72,905 4,0%	75,850 4,0%	78,913 4,0%
REISEVERKEHR	16,656 115,3%	20,225 21,4%	21,564 6,6%	22,411 3,9%	23,317 4,0%	24,259 4,0%	25,239 4,0%	26,258 4,0%
EXPORTE I.W.S.	277,597 22,1%	281,402 1,4%	276,613 -1,7%	279,807 1,2%	288,796 3,2%	300,461 4,0%	312,081 3,9%	324,151 3,9%
WARENIMPORTE	207,210 23,9%	193,533 -6,6%	181,557 -6,2%	183,008 0,8%	188,075 2,8%	196,150 4,3%	204,074 4,0%	212,317 4,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	62,147 22,1%	65,594 5,5%	67,523 2,9%	69,318 2,7%	71,624 3,3%	74,699 4,3%	77,908 4,3%	81,254 4,3%
REISEVERKEHR	10,293 82,6%	12,266 19,2%	13,802 12,5%	14,352 4,0%	14,932 4,0%	15,535 4,0%	16,163 4,0%	16,816 4,0%
IMPORTE I.W.S.	279,649 25,0%	271,392 -3,0%	262,882 -3,1%	266,678 1,4%	274,631 3,0%	286,385 4,3%	298,144 4,1%	310,387 4,1%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
WARENEXPORTE	166,271 6,0%	165,674 -0,4%	156,708 -5,4%	155,532 -0,8%	157,865 1,5%	161,023 2,0%	164,243 2,0%	167,528 2,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	52,693 9,7%	50,347 -4,5%	50,722 0,7%	50,570 -0,3%	51,784 2,4%	53,078 2,5%	54,273 2,3%	55,494 2,3%
REISEVERKEHR	14,054 98,5%	16,013 13,9%	16,396 2,4%	16,543 0,9%	16,874 2,0%	17,211 2,0%	17,556 2,0%	17,907 2,0%
EXPORTE I.W.S.	232,698 10,0%	231,717 -0,4%	223,699 -3,5%	222,547 -0,5%	226,456 1,8%	231,259 2,1%	236,025 2,1%	240,889 2,1%
WARENIMPORTE	158,132 3,0%	146,361 -7,4%	138,498 -5,4%	138,359 -0,1%	140,435 1,5%	143,946 2,5%	147,184 2,3%	150,496 2,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	53,848 13,6%	54,757 1,7%	55,162 0,7%	55,355 0,4%	56,407 1,9%	57,817 2,5%	59,118 2,3%	60,448 2,3%
REISEVERKEHR	8,918 69,8%	10,239 14,8%	10,950 6,9%	11,141 1,8%	11,364 2,0%	11,592 2,0%	11,823 2,0%	12,060 2,0%
IMPORTE I.W.S.	220,747 7,1%	210,602 -4,6%	203,571 -3,3%	203,801 0,1%	207,125 1,6%	212,246 2,5%	216,993 2,2%	221,846 2,2%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
WARENEXPORTE	119,377 12,1%	119,264 -0,1%	120,921 1,4%	122,251 1,1%	123,779 1,3%	126,254 2,0%	128,464 1,8%	130,712 1,8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	118,519 8,5%	126,299 6,6%	129,248 2,3%	132,996 2,9%	135,323 1,8%	137,353 1,5%	139,757 1,8%	142,202 1,8%
REISEVERKEHR	118,519 8,5%	126,299 6,6%	131,526 4,1%	135,471 3,0%	138,181 2,0%	140,945 2,0%	143,763 2,0%	146,639 2,0%
EXPORTE I.W.S.	119,295 11,0%	121,442 1,8%	123,655 1,8%	125,729 1,7%	127,528 1,4%	129,924 1,9%	132,224 1,8%	134,564 1,8%
WARENIMPORTE	131,036 20,3%	132,230 0,9%	131,090 -0,9%	132,270 0,9%	133,924 1,3%	136,267 1,8%	138,652 1,8%	141,078 1,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	115,411 7,5%	119,791 3,8%	122,409 2,2%	125,224 2,3%	126,977 1,4%	129,199 1,8%	131,783 2,0%	134,419 2,0%
REISEVERKEHR	115,411 7,5%	119,791 3,8%	126,045 5,2%	128,818 2,2%	131,394 2,0%	134,022 2,0%	136,702 2,0%	139,437 2,0%
IMPORTE I.W.S.	126,683 16,7%	128,865 1,7%	129,135 0,2%	130,852 1,3%	132,592 1,3%	134,931 1,8%	137,398 1,8%	139,911 1,8%
TERMS OF TRADE, GESAMT	94,168 -4,9%	94,240 0,1%	95,756 1,6%	96,085 0,3%	96,181 0,1%	96,290 0,1%	96,234 -0,1%	96,178 -0,1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	91,103 -6,8%	90,194 -1,0%	92,242 2,3%	92,425 0,2%	92,425 0,0%	92,652 0,2%	92,652 0,0%	92,652 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
IMPORTQUOTE, GESAMT	62,421	57,349	54,290	53,735	53,764	54,297	54,778	55,310
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	7,341	-5,071	-3,060	-0,554	0,028	0,533	0,481	0,532
IMPORTQUOTE, GÜTER	46,251	40,897	37,495	36,876	36,819	37,189	37,494	37,834
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5,085	-5,355	-3,402	-0,619	-0,057	0,370	0,306	0,340
EXPORTQUOTE, GESAMT	61,963	59,465	57,125	56,381	56,536	56,966	57,339	57,763
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6,009	-2,498	-2,339	-0,745	0,156	0,429	0,373	0,424
EXPORTQUOTE, GÜTER	44,305	41,754	39,133	38,313	38,253	38,544	38,766	39,022
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	3,182	-2,551	-2,620	-0,820	-0,059	0,291	0,222	0,256

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5979,617 0,8%	6016,521 0,6%	6022,115 0,1%	6001,810 -0,3%	5979,697 -0,4%	5953,866 -0,4%	5929,999 -0,4%	5906,020 -0,4%
ERWERBSQUOTE	78,347 0,2%	78,755 0,5%	79,222 0,6%	79,887 0,8%	80,423 0,7%	81,010 0,7%	81,577 0,7%	82,099 0,6%
ERWERBSPERSONEN	4684,854 1,0%	4738,330 1,1%	4770,836 0,7%	4794,690 0,5%	4809,030 0,3%	4823,211 0,3%	4837,503 0,3%	4848,777 0,2%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3665,132 -0,5%	3653,937 -0,3%	3645,145 -0,2%	3621,157 -0,7%	3591,490 -0,8%	3563,057 -0,8%	3536,394 -0,7%	3508,634 -0,8%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	1019,722 7,0%	1084,393 6,3%	1125,691 3,8%	1173,533 4,3%	1217,540 3,8%	1260,154 3,5%	1301,109 3,3%	1340,142 3,0%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	508,100 1,2%	511,300 0,6%	512,323 0,2%	511,298 -0,2%	512,321 0,2%	513,345 0,2%	513,345 0,0%	513,345 0,0%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	4176,754 1,0%	4227,030 1,2%	4258,513 0,7%	4283,392 0,6%	4296,710 0,3%	4309,865 0,3%	4324,158 0,3%	4335,431 0,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3901,671 0,1%	3921,180 0,5%	3952,549 0,8%	3980,217 0,7%	4004,098 0,6%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	69,063 -2,1%	66,838 -3,2%	62,889 -5,9%	61,317 -2,5%	61,317 0,0%	61,317 0,0%	61,317 0,0%	61,317 0,0%
ARBEITSLOSE	263,121 -20,7%	270,773 2,9%	297,851 10,0%	320,404 7,6%	314,213 -1,9%	296,000 -5,8%	282,624 -4,5%	270,016 -4,5%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,994 0,588	7,480 0,486	7,313 -0,167	6,868 -0,445	6,536 -0,332	6,228 -0,308

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	217,424 7,9%	234,830 8,0%	254,753 8,5%	264,051 3,6%	272,005 3,0%	281,036 3,3%	290,361 3,3%	299,698 3,2%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	180,641 8,4%	184,131 1,9%	172,044 -6,6%	170,067 -1,1%	173,537 2,0%	177,874 2,5%	183,326 3,1%	188,132 2,6%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	49,942 30,7%	54,266 8,7%	57,425 5,8%	62,163 8,3%	65,271 5,0%	68,535 5,0%	70,591 3,0%	73,344 3,9%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	448,007 10,3%	473,227 5,6%	484,223 2,3%	496,281 2,5%	510,813 2,9%	527,444 3,3%	544,278 3,2%	561,174 3,1%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	2,015 -69,9%	0,192 -90,4%	1,610 736,5%	1,642 2,0%	1,675 2,0%	1,709 2,0%	1,743 2,0%	1,778 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	91,967 9,8%	99,365 8,0%	103,091 3,8%	106,957 3,8%	110,433 3,3%	114,077 3,3%	117,500 3,0%	121,025 3,0%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	358,056 8,8%	374,054 4,5%	382,742 2,3%	390,966 2,1%	402,055 2,8%	415,075 3,2%	428,521 3,2%	441,926 3,1%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,353 17,4%	-3,355 0,1%	-3,699 10,2%	-3,810 3,0%	-3,924 3,0%	-4,003 2,0%	-4,083 2,0%	-4,164 2,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	354,703 8,7%	370,699 4,5%	379,043 2,3%	387,156 2,1%	398,131 2,8%	411,073 3,3%	424,438 3,3%	437,762 3,1%